

JAN NEUBAUER

Eine solidarische ›Volksgemeinschaft‹?

Kollegialität, Kameradschaft und ›Betriebsgemeinschaft‹ im ›Dritten Reich‹

Die Stimmung in der Bevölkerung war verbesserungsfähig. Das jedenfalls befand die Reichspropagandaleitung der NSDAP im März 1943. Kurz zuvor hatte Joseph Goebbels nach der verheerenden militärischen Niederlage in Stalingrad den »Totalen Krieg« ausgerufen und dabei an die Geschlossenheit der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ appelliert. Nun verschickte das zur Reichspropagandaleitung gehörende Amt für Rednerwesen »Redner-Schnellinformationen« an NSDAP-Funktionäre, die in Sprechabenden der Partei auf die deutsche Bevölkerung einwirken sollten.

Ein Thema betraf die Lage an den Arbeitsplätzen im Deutschen Reich. In den Betrieben standen vermehrt deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter neben ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern an der Werkbank. Deren Arbeitsleistung war zunehmend kriegsentscheidend, sodass die deutschen Arbeitskräfte dringend die Ausländer durch ihre Haltung beeindrucken und vom Erfolg deutscher Kriegsanstrengungen überzeugen mussten – so die Überzeugung der Propagandaverantwortlichen. So hieß es dann auch in den Schnellinformationen:

»Nur wenn eine fest zusammenhaltende deutsche führende Arbeiterschicht in jedem Betrieb für das deutsche Gesicht Sorge trägt, wird die Leistung der Fremden tatsächlich unseren Interessen dienstbar sein. Deshalb ist es auch vor allem wichtig, daß unter den deutschen Schaffenden eine feste und harmonische Solidarität besteht.«

Und weiter betonten die Autoren: »Diesen Fremden gegenüber müssen alle deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen durch die verschworene Kameradschaftlichkeit ihres Zusammenwirkens ein eindringliches Bild der deutschen Volksgemeinschaft vorleben.«¹

Die erforderlichen Leistungssteigerungen hingen also nach dieser Lesart auch davon ab, die Sozialbeziehungen innerhalb der ›Betriebsgemeinschaft‹ vorbildlich zu repräsentieren. Gleichzeitig war allen Angesprochenen vor Augen geführt, dass die ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nicht Teil der Gemeinschaft am Arbeitsplatz waren und sein sollten. Die in den Schnellinformationen angerufene Solidarität richtete sich auf die deutschen ›Volksgenossen‹ und war dementsprechend exkludierend.

Zwei Begriffe aus dem Propagandaschreiben sollen im folgenden Text im Mittelpunkt stehen: Solidarität und Kameradschaft. Es sind unterschiedliche Themenfelder und Probleme, die damit in den Blick kommen.

Der Beitrag fragt erstens nach den semantischen Verschiebungen des Solidaritätsbegriffs, der seit dem späten 19. Jahrhundert fest zum Vokabular der Arbeiterbewe-

1 NSDAP-Reichspropagandaleitung (Hrsg.), Redner-Schnellinformation: Lieferung 53, 23.3.1943, Durch die PKzl. Abstimmung einer von ihr geplanten Anordnung betr... (Regest 43949), in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945, München 2006, S. 5f.

gung gehörte und seit 1933 eine erhebliche Neucodierung erfuhr. Seit Ende des 19. Jahrhunderts hatte die Arbeiterbewegung von Solidarität gesprochen, wenn es um den klassenspezifischen Zusammenhalt und die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ging. Zugleich beschrieb der Begriff aber auch eine spezifische Suchbewegung – eine Suchbewegung, die kollektive Aktion, Formen des Zusammenlebens und der industriellen Arbeit erfasste und die ein utopisches Potenzial beinhaltete, das von einer anderen Gesellschaft träumen ließ.²

Zweitens geht es um den Versuch, gegenwärtige, vor allem in den Sozialwissenschaften geführte Auseinandersetzungen um den Begriff der Solidarität als sozialer Praxis mit den Debatten um die nationalsozialistische ›Volks- und Betriebsgemeinschaft‹³ zu verbinden. Es besteht kein Mangel an Arbeiten über nationalsozialistische Betriebspolitik und Arbeitsbeziehungen, und doch fällt auf, wie schwer sich die NS-Forschung in den letzten Jahren damit getan hat, neue gesellschaftstheoretische oder organisationssoziologische Anregungen aufzunehmen. Das soll hier, zumindest in Ansätzen, versucht werden. Der Grundgedanke ist dabei einfach:

Über die Sozialbeziehungen und Verhaltensweisen innerhalb der ›Betriebsgemeinschaft‹ lassen sich Anspruch, Begriffstradition und soziale Wirklichkeit einer antideмократischen, nationalsozialistischen und zunächst einmal vor allem proklamierten »braunen Solidarität« entschlüsseln – wenn es analytisch überhaupt Sinn ergibt, in diesem Zusammenhang von Solidarität zu sprechen. Dazu werden zwei Schwerpunkte gesetzt. Zunächst wird geprüft, wie die Nationalsozialisten den Solidaritätsbegriff rezipierten und verwendeten. »Solidarität« machte Probleme, stammte das Schlagwort doch aus dem Begriffsarsenal der sozialistischen Arbeiterwelt – ein »Feindbegriff«, der zugleich aber für die Arbeiterschaft, die es für das Regime zu überzeugen galt, von erheblicher lebensweltlicher Bedeutung war. Der Blick darauf, wie sich die Nationalsozialisten der Solidarität sprachlich näherten und sie dabei umdeuteten, lässt Rückschlüsse darauf zu, wie es dem NS-Staat gelang, an lang existierende (Begriffs-)Traditionen anzuknüpfen und diese für sich nutzbar zu machen. Hier gerät auch die zentrale geschlechtergeschichtliche Dimension der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ in den Blick. Engagierte ›Volksgenossinnen‹ suchten regimekonforme Selbstdeutungen und ihre Rolle in der NS-Gesellschaft – und mussten diese gegenüber dem dominierenden männlichen Verständnis nationalsozialistischer Sozialbeziehungen behaupten. Dabei rückt ein anderer Begriff ins Zentrum der Aufmerksamkeit, dessen Bedeutung für das nationalsozialistische (Un-)Verständnis von Solidarität in der ›Volksgemeinschaft‹ nicht überschätzt werden kann: Kameradschaft.

Anhand einer Auseinandersetzung über Kameradschaft und Kollegialität – zwei Begriffe, die eng mit Solidarität verbunden sind – erfolgt anschließend ein Blick auf die Sozialbeziehungen in der hierarchisch strukturierten ›Betriebsgemeinschaft‹ – der

2 Vgl. Franz-Xaver Kaufmann, Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität, in: Karsten Fischer/Herfried Münkler (Hrsg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozialmoralischer Orientierung, Berlin 2002, S. 19–54, hier: S. 28; Klaus Tenfelde, Strukturelle Bedingungen für Solidarität, in: GMH 28, 1977, S. 245–258.

3 Vgl. Martin Becker, Die Betriebs- und die Volksgemeinschaft als Grundlage des »neuen« NS-Arbeitsrechts. Arbeitsrechtsideologie im NS-Rechtssystem, in: Marc Buggeln/Michael Wildt (Hrsg.), Arbeit im Nationalsozialismus, München 2014, S. 107–121, hier: S. 112; Tim Schanetzky, »Kanonen statt Butter«. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, Bonn 2016, S. 117.

›Volksgemeinschaft‹ am Arbeitsplatz. Es wird erläutert, warum die Verantwortlichen im ›Dritten Reich‹ ihre Vorstellung von Kameradschaft einer ihnen suspekten Kollegialität vorzogen und welche Rückschlüsse dies auf die Rolle von solidarischem Verhalten in der NS-Gesellschaft zulässt. Hier fokussiert der Beitrag auf die soziale Praxis der ›Volksgemeinschaft‹ und spezifische Formen sozialen Handelns, die zwar den Machthabern verdächtig sein konnten, von denen sie dennoch profitierten.⁴ Ein Blick auf die ›Betriebsgemeinschaft(-en)‹ ist eine Sonde hinein in die Realität der rhetorisch allgegenwärtigen ›Volksgemeinschaft‹. Will man verstehen, wie sich das Regime stabilisieren und bis kurz vor Kriegsende handlungsfähig bleiben konnte, muss man sich mit den unterschiedlichen Dynamiken in der NS-Gesellschaft beschäftigen, die über Fragen nach Solidarität als sozialem »Bindemittel« sichtbar werden.

Die Überlegungen stehen dabei vor der Herausforderung, einen viel gebrauchten und zeitgenössisch nicht klar umrissenen Quellenbegriff analytisch nutzen zu wollen. Verstärkt wird das Problem noch dadurch, dass sich auch in der Forschung kein Konsens darüber gebildet hat, wie »Solidarität« präzise zu definieren ist.⁵ Mit Kurt Bayertz soll an dieser Stelle der hochgradig normative Begriff der Solidarität in dreifacher Weise bestimmt werden. Fluchtpunkt von Solidarität ist – erstens – eine *Gemeinschaft*, in der die einzelnen Mitglieder den wechselseitigen Zusammenhang wahrnehmen, emotional aufladen und sich mit der Gruppe identifizieren. Aus diesem Gemeinschaftsverständnis bilden sich Erwartung und Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe. Dabei wird davon ausgegangen, dass einem selbst die gleiche Hilfe zukommen wird, die man selbst zu leisten bereit ist. Die Gemeinschaftsangehörigen gehen – zweitens – von der Legitimität ihrer eigenen Gruppe und ihren Zielen aus. Hilfe wird erbracht, um – drittens – Interessen der Mitglieder durchzusetzen, die auf einen gemeinsamen normativen Punkt verweisen.⁶ Wichtig ist, dass Bayertz zwischen zwei Formen der Solidarität unterscheidet: zwischen sozialer und politischer Solidarität. Erstere stellt (emotionale) Bindungen her, die der Gesellschaftsbildung vor allem in modernen Staaten dienen und maßgeblich den Aufbau des Sozialstaats mitlegitimierten. Davon zu unterscheiden ist die politische Solidarität, die dem Einsatz für die Interessen einer bestimmten Gruppe oder von Individuen dient. Bayertz verweist hier auf ein partikulares und exklusives Element der Solidarität, das identitätsstiftend wirkt und damit ihre hohe Attraktivität gewinnt. Doch schließt dies keinesfalls aus, dass sie für universalistische Ziele einge-

4 Den Unterschied und das keineswegs spannungsfreie Zusammenspiel von ideologischem Anspruch und sozialer Wirklichkeit im ›Dritten Reich‹ hat beispielsweise Moritz Föllmer anschaulich gemacht. Trotz aller Gemeinschaftsrhetorik ermöglichte das Regime individualistische Interessenaushandlung, was erheblich zur Stabilität der NS-Herrschaft beitrug. Vgl. Moritz Föllmer, *Individuality and Modernity in Berlin. Self and Society from Weimar to the Wall*, Cambridge/New York etc. 2013, S. 1.

5 Das gilt auch für Fächer, die mit dem Begriff sehr viel selbstverständlicher arbeiten als die Geschichtswissenschaft. Vgl. Ulf Tranow, *Solidarität. Vorschlag für eine soziologische Begriffsbestimmung*, in: *Analyse & Kritik* 35, 2013, S. 395–421, hier: S. 395f.

6 Vgl. Kurt Bayertz, *Begriff und Problem der Solidarität*, in: *ders.* (Hrsg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt am Main 1998, S. 11–53, hier: S. 12 und 37.

setzt werden kann.⁷ Immerhin hatten sich das die stilprägenden Akteure der politisch Linken ja auch auf die Fahnen geschrieben.

Daraus ergibt sich, dass Solidarität neue Formen gesellschaftlicher Beziehungen schafft, aus denen sich soziales Verhalten erklären lässt. Der genaue Blick lohnt, um zu überprüfen, inwieweit sich durch Begriffe wie »Solidarität« und »Solidarbeziehungen« die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« erfassen und analysieren lässt. Die fruchtbare Forschungsdebatte der letzten Jahre fokussierte sich zunächst auf das wichtige Zusammenspiel von Inklusion und Exklusion in der NS-Gesellschaft. Der Ausschluss von »Gemeinschaftsfremden« wirkte sich auf diejenigen aus, die das Privileg hatten, weiterhin Teil der »Volksgemeinschaft« zu sein.⁸ Doch haben etwa Janosch Steuer und Wolf Gruner zu Recht darauf hingewiesen, dass allein die Dichotomie von Inklusion und Exklusion nicht dabei hilft, die vielen Graubereiche innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu erfassen.⁹ Genau diese will der folgende Beitrag ausleuchten helfen.

Ein weiteres Problem ist damit angesprochen: So empirisch dicht die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereiche und Gruppen inzwischen untersucht worden sind, so ist doch erstaunlich, wie sehr sich die NS-Forschung gegenüber den unterschiedlichen gesellschaftstheoretischen Debatten, nicht zuletzt auch gegenüber der Verwendung (und den damit verbundenen Fallstricken) des Begriffs der Solidarität zurückgehalten hat. Das schützt, macht die Probleme aber nicht kleiner. Einer der Fluchtpunkte dieses Aufsatzes berührt eine sehr gegenwartsnahe Debatte, um die es implizit auch in diesem Beitrag gehen wird: Denn ein Teil der sozialwissenschaftlichen Forschung hat in jüngster Zeit und vor dem Hintergrund rechtspopulistischer und rechtsextremer Wahlerfolge in Europa und Nordamerika mit dem Begriff der »exkludierenden Solidarität« argumentiert und versucht, die Kategorie der Solidarität auch für die Beschreibung neonazistischer und völkisch-nationalistischer Bewegungen zu nutzen. So zeige die Zustimmung für die rechtspopulistische »Alternative für Deutschland« (AfD) unter Arbeiterinnen und Arbeitern, dass Versprechen einer kollektiven Identität, der Ausgrenzung von Fremden, die Verbindung von »nationaler« mit »sozialer« Frage und die damit verbundenen »exklusiven Solidaritäten« deutscher Arbeitskräfte auch am Arbeitsplatz verfange.¹⁰

7 Vgl. ebd. sowie Alexander Heindl/Karolin-Sophie Stüber, Die Pluralität von Solidaritäten und Formen der Kritik, in: SWS-Rundschau 59, 2019, S. 352–370, hier: S. 354–356.

8 Vgl. Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982; Hans-Ulrich Thamer, »Volksgemeinschaft« in der Debatte. Interpretationen, Operationalisierungen, Potenziale und Kritik, in: Detlef Schmiechen-Ackermann/Marlis Buchholz/Bianca Roitsch u. a. (Hrsg.), Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 27–36, hier: S. 29; Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007, S. 12.

9 Vgl. Janosch Steuer, Was meint und nützt das Sprechen von der »Volksgemeinschaft«? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: AFS 53, 2013, S. 487–534, hier: S. 525; Wolf Gruner, Das Dogma der »Volksgemeinschaft« und die Mikrogeschichte des Nationalsozialismus, in: Schmiechen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 71–90, hier: S. 83–85.

10 Vgl. Thomas Fischer, Inklusive Solidarität als Antwort der Gewerkschaften auf den Rechtspopulismus, in: WSI-Mitteilungen 72, 2019, S. 229–231. An der Universität Tübingen beschäftigt sich ein Promotionskolleg mit dem Themenfeld, vgl. URL: <<https://promotionskolleg-rechtspopulismus.net/>> [13.2.2020].

Diese »völkische Solidarität« gilt hochgradig partikularen Zielen, denn sie soll nur für einen eng umgrenzten Personenkreis gelten und dient keinerlei emanzipatorischer Entwicklung. Im Gegenteil sollen Rechte für Menschen, die nicht Teil der eigenen, definierten Gruppe sind, dauerhaft beschränkt werden. Der Blick auf das ›Dritte Reich‹ hilft, zu überprüfen, ob es überhaupt sinnvoll ist, im Hinblick auf die radikale Rechte von »Solidaritäten« zu sprechen, wenn deren politisches Ziel wenig mit den Implikationen des Begriffs gemein hat. Welchen Mehrwert hat es historisch gesehen, die Verhaltensweisen und Bindungen in einer zur Macht strebenden »Bewegung« mit Solidarität zu umschreiben, wenn deren eigentliche politische und gesellschaftliche Visionen und die dann praktizierte Herrschaftsrealität auf radikal partikularen Interessen und eben nicht auf einer Form der Universalisierung von Rechten gegründet sind?

Solidarische Handlungen im ›Dritten Reich‹ standen sowohl zeitgenössisch als auch in der Erforschung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus im Blick. Die Berichtserstatterinnen und Berichtserstatter des exilierten SPD-Parteivorstands (SOPADE) und der Gruppe »Neu Beginnen« waren in den 1930er-Jahren stets auf der Suche nach einer Arbeitersolidarität, um die eigene Hoffnung zu nähren, das NS-Regime könne von einer widerständigen Bevölkerung gestürzt werden. Die sozialdemokratischen Quellen prägten die Historiografie der Arbeitergeschichte der 1970er- und frühen 1980er-Jahre. So versuchte Michael Voges aufzuzeigen, wie die Klassenlage nach wie vor das Handeln der Arbeiter im Nationalsozialismus prägte, wie diese solidarische Bindungen durch gemeinsame Aktionen für weniger Arbeitszeit und mehr Lohn aufrechterhielten und hierbei sogar nationalsozialistische Beschäftigte einbanden. Gleichwohl musste Voges konstatieren, dass die Unterdrückung durch das Regime zu einer Entpolitisierung führte und sich der Lohnkampf in einer Zeit des Rüstungsbooms und ohne gewerkschaftliche Vermittlung individualisierte.¹¹

Gerade geschichtswissenschaftliche Arbeiten zum sogenannten Rettungswiderstand operieren freimütig mit dem Solidaritätsbegriff. Die Rettenden – in der Regel Einzelpersonen – zeigten ihre Solidarität demnach mit verfolgten Kommunisten, Sozialdemokraten und insbesondere Juden, indem sie die Personen versteckten und vor dem Zugriff durch die NS-Verfolgungsbehörden bewahrten.¹² Ob dabei tatsächlich immer Solidarität eine Rolle spielte, in einigen Fällen nicht doch eher bloße »Hilfe« die bessere Beschreibung ist, und wie weit der Solidaritätsbegriff im Einzelnen trägt, wird nicht explizit diskutiert. Doch auf das Problem verweist die zu hinterfragende Umschreibung »erkaufte Solidarität« für Hilfeleistungen, die mit finanzieller Kompensation einhergehen.¹³ Hier erweist sich möglicherweise eine präzisere Nutzung des

11 Vgl. Michael Voges, Klassenkampf in der »Betriebsgemeinschaft«, in: Afs 21, 1981, S. 329–383.

12 Vgl. Angela Borgstedt, Hilfen für Verfolgte. Judenretter und Judenhelfer, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Bonn 2004, S. 307–321, hier: S. 307–311; Juliane Wetzel, Hilfe und Solidarität, in: Wolfgang Benz/Walter H. Pehle (Hrsg.), Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2001, S. 228–232.

13 Vgl. Borgstedt, Hilfen für Verfolgte, S. 308f. Vgl. hierzu auch das am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin durchgeführte Forschungsprojekt »Solidarität und Hilfe« mit der fast gleichnamigen, von Wolfgang Benz und anderen herausgegebenen Schriftenreihe. Einen kurzen Überblick bietet auch Wolfgang Benz, Retter und Gerettete. »Stille Helden«: Solidarität mit Juden während der NS-Zeit, in: Tribüne 40, 2001, H. 3, S. 19–26.

Wortes als ergiebiger, um zwischen den Rettungsaktionen und den dahinterliegenden Handlungen, Beziehungen und Motivationen stärker differenzieren zu können.

Der vorliegende Aufsatz fragt nicht nach Solidarität als Widerstand, sondern nach einem systemkonformen solidarischen Verhalten in der ›Volksgemeinschaft‹ und diskutiert, ob ein analytischer Zugriff über Solidarität unser Verständnis von der nationalsozialistischen Gesellschaft erweitern kann. Solidarität in der ›Volksgemeinschaft‹ wird vor allem bei zwei Untersuchungsfeldern der Geschichte des Nationalsozialismus Thema: erstens, wenn es um mobilisierende Maßnahmen des »Winterhilfswerkes des Deutschen Volkes« (WHW) und der »Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt« (NSV) geht. Auch hier wird der Begriff zum Teil als Hilfskonstruktion verwendet, um Hilfsmaßnahmen oder ein propagandistisch verbreitetes Gemeinschaftsgefühl zu umschreiben. Eine nötige Trennschärfe und Distanz zum propagandistisch verwendeten Quellenbegriff wird dabei kaum hergestellt. Immerhin sprachen die Nationalsozialisten – wie im ersten Unterkapitel ausgeführt – selbst von »nationaler Solidarität«, die etwa im WHW deutlich werde. Doch gerade das Verhältnis von Freiwilligkeit und Solidarität gerät hier besonders zugespitzt in den Fokus.¹⁴

Zweitens spielt Solidarität bei der Untersuchung der »Heimatfront« im Luftkrieg eine gewisse Rolle. Gerne betonten die Nationalsozialisten selber die angeblich durch die Bombardierungen zusammengeschweißte solidarisch-kameradschaftliche ›Volksgemeinschaft‹ und verlangten von den ›Volksgenossen‹ ein hohes Maß an Eigenverantwortung im Selbstschutz.¹⁵ Das gewünschte Ideal waren Formen der völkischen Selbsthilfe, in der die Loyalität zum Regime und seinen Zielen deutlich wurde. Für die wissenschaftliche Bewertung und Zuschreibung von Solidarität erscheint es den jeweiligen Historikerinnen und Historikern vor allem wichtig, wie groß der Grad an unorganisierter Selbsthilfe innerhalb der Bevölkerung war. Das wird in der Forschung mit der Frage kontrastiert, ob nicht doch die NS-Institutionen von Gau, Militär, Stadt, Reichsluftschutzbund und NSV den individuellen und lokalgesellschaftlichen Umgang mit dem Luftkrieg bestimmten. Nicholas Stargardt ist der Auffassung, dass die NS-Politik bei der Bewältigung der alliierten Bombardements »die Idee spontaner Solidarität innerhalb der Bevölkerung stillschweigend aufgab und stattdessen auf die staatliche Versorgung Bedürftiger zurückgriff«.¹⁶ Staatliche Unterstützung versteht

14 Vgl. Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, S. 36f.; Florian Wimmer, Die völkische Ordnung von Armut. Kommunale Sozialpolitik im nationalsozialistischen München, Göttingen 2014, S. 186 und 353; Peter Zolling, Zwischen Integration und Segregation. Sozialpolitik im »Dritten Reich« am Beispiel der »Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt« (NSV) in Hamburg, Frankfurt am Main/Bern etc. 1986, S. 2.66f.

15 Vgl. Malte Thießsen, Eingebrennt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005, München/Hamburg 2008, S. 50f.

16 Nicholas Stargardt, Der deutsche Krieg. Zwischen Angst, Zweifel und Durchhaltewillen – wie die Menschen den Zweiten Weltkrieg erlebten, Frankfurt am Main 2015, S. 479f. Michael Schmiedel konstatiert mit Blick auf das besetzte Frankreich, dass sich im Land nicht selten lokale, private und staatliche Initiativen von gegenseitiger Hilfe und Solidarität im Luftkrieg entwickelten. Das Vichy-Regime versuchte daraus Profit zu ziehen und die Maßnahmen unter ihrer Hoheit zu koordinieren und zu kontrollieren. Vgl. Michael Schmiedel, Orchestrated Solidarity. The Allied Air War in France and the Development of Local and State-Organized Solidarity Movements, in: Claudia Baldoli/Andrew Knapp/Richard Overy (Hrsg.), Bombing, States and Peoples in Western Europe 1940–1945, London/New York 2011, S. 206–218.

Stargardt dezidiert nicht als solidarische Praktik. Für ihn gelten Akte der Selbstorganisation der lokalen Bevölkerungen als solidarisch und Handeln, das in staatlichen Organisationen passiert, will er anders beschrieben wissen. Auch Jörg Friedrich changiert in seinem umstrittenen Buch »Der Brand« zwischen einer kurzen Bewertung von solidarischen Hilfsleistungen in der deutschen Bevölkerung und der ansonsten festzustellenden Dominanz des NS-Staats, der das konkrete Handeln der Menschen bestimmte und zum Teil erst ermöglichte.¹⁷ Beide zielen auf die Motivation individueller Akteure, die im staatlich kontrollierten Rahmen weniger eindeutig herauszuarbeiten ist, auch wenn sich das Bedürfnis, Hilfe zu leisten und sich für Geschädigte zu engagieren, und die Existenz staatlicher Organisationen, in denen das umgesetzt werden kann, durchaus bedingen können. Gleichzeitig wird bei beiden Autoren deutlich, welch großes normatives Gepäck die Solidarität mit sich bringt. Es wird ein Unwille deutlich, vom Regime unterstützte Aktivitäten im Rahmen von NS-Organisationen als solidarisch zu bezeichnen.¹⁸

I. »Solidarität des eigenen Blutes«: Der Begriff und seine Funktion im Nationalsozialismus

Wie sprachen Nationalsozialisten von »Solidarität«? Vor allem anderen stand zunächst die Auseinandersetzung mit denjenigen im Mittelpunkt, die seit Jahrzehnten den Begriff geprägt und sich im wahrsten Sinne des Wortes auf die Fahnen geschrieben hatten. »Solidarität« – das galt den Nationalsozialisten zunächst als ein Begriff der »Systemzeit«, als Teil einer Sprache der Linken, der auf einen verhassten Internationalismus zielte. Hitler sparte seit Mitte der 1920er-Jahre nicht mit Häme und Hass gegen die seiner Meinung nach nicht nur naiven, sondern gefährlichen marxistischen Vorstellungen einer internationalen Verbrüderung. Seinem Publikum prognostizierte er in Zwickau im Juli 1925 nationalistischen Furor für den Fall, dass es wie 1914 zu einem weiteren Gang zu den Waffen kommen werde:

»Auf einmal wäre alle internationale Solidarität vergessen, und an seine Stelle käme die Flagge einer deutschen Volksgemeinschaft. Und du würdest mitgehen! [...] Denn im letzten Grunde bist auch du Fleisch von diesem Fleisch. Schuld an deinem jetzigen Los ist der Teil des Volkes, der dich nicht verstand und sich nicht um dich kümmerte, und dich dem fremden Verführer überließ.«¹⁹

17 Vgl. Jörg Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, München 2002, S. 442 und 475f. Ein weiteres überschaubares Feld, in dem sich Historiker mit Solidarität im Nationalsozialismus beschäftigt haben, ist die NS-Außenpolitik. Johannes Däfinger geht hier nationalsozialistischen Vorstellungen einer europäischen Solidarität gegen den Bolschewismus und das »Weltjudentum« nach. Johannes Däfinger, *Show Solidarity, Live Solitarily. The Nazi ›New Europe‹ as a ›Family of Peoples*, in: *European Review of History: Revue européenne d'histoire* 24, 2017, S. 905–917, hier: S. 912f.

18 Zu individuellem und strukturalistischem Solidaritätsbegriff vgl. Tranow, *Solidarität*, S. 397.

19 Adolf Hitler, Rede auf NSDAP-Versammlung in Zwickau, 15.7.1925, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), *Adolf Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933*, Bd. 1: Die Wiedergründung der NSDAP. Februar 1925–Juni 1926, München 1992, S. 118–139.

Dabei seien einige politische Ziele seiner NSDAP gar nicht so weit entfernt von denen der Marxisten, doch mit einer entscheidenden Einschränkung:

»Was will die Bewegung in ihren wesentlichen Zügen? Sie soll im deutschen Volk das herstellen, was Sie, meine lieben Freunde von links, von einer anderen Welt erträumen. Sie erträumen eine Solidarität der ganzen Welt, wir erträumen eine Solidarität unseres Volkes, eine Solidarität, die umschließen und erfassen soll alles, was ehrlich schafft und seinem Nächsten gibt, was ihm gebührt.«²⁰

Einige Jahre später fasste er die dahinterliegende Überzeugung wie folgt zusammen: »Niemand in der Welt wird uns helfen, außer wir helfen uns selbst.«²¹ Wahre und das hieß »nationale Solidarität« könne und dürfe es Adolf Hitler zufolge nur zwischen Angehörigen eines rassistisch definierten Volkes geben. Sie ruhte, wie er im September 1933 noch einmal hervorhob, auf der »Solidarität, die blutmäßig ewig begründet«²² sei, einer von ihm schon früher angesprochenen »Solidarität des eigenen Blutes«²³ eben und auf dem selbstlosen Opfer für die ›Volksgemeinschaft‹.

Den Nationalsozialisten half, dass auch die linken Parteien den Solidaritätsbegriff nicht fest durchdeklinierten und partikulare, kämpferische Vorstellungen in der Begriffstradition eingeschrieben waren. So hieß es im ›Dritten Reich‹ nicht mehr »Wir« gegen die Kapitalisten, sondern »Wir« als ›Volksgemeinschaft‹ gegen die ›Gemeinschaftsfremden‹ und die vom Regime zu Feinden Deklarierten. Dagegen war die Solidarität der Arbeiterbewegung mit demokratischen und universalistischen Idealen und Zielen versehen, die denen der Nationalsozialisten fundamental widersprachen und die sie in ihrer eigenen Sprache schnell vergessen machen wollten.²⁴

Die prominente Rolle, die der Begriff in Hitlers hier zitierter Septemberrede hatte, war kein Zufall. Der »Führer« eröffnete mit seinem Wortbeitrag im Herbst 1933 das erste »Winterhilfswerk des Deutschen Volkes«. Dem noch jungen Regime ging es darum, der jahrzehntelangen Rhetorik der linken Arbeiterbewegung etwas in Wort und Tat entgegensetzen. Hitler betonte, wie wichtig das freiwillige Opfer jedes Einzelnen im WHW sei, um das nationalsozialistische Erziehungs- und Gesellschaftsprojekt voranzutreiben.²⁵ Die öffentlich inszenierten Spendensammlungen suchten die ›Volks-

²⁰ Ebd.

²¹ Die Rede des Führers zum sechsten Winterhilfswerk 1938/39, in: Führer-Reden zum Winterhilfswerk 1937 und 1938, Berlin 1939, S. 15–22, hier: S. 18.

²² Rede zur Eröffnung der Winterhilfsaktion gegen Hunger und Kälte, 13.9.1933, in: Max Domarus (Hrsg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil 1: Triumph, Bd. 1: 1932–1934, München 1988 (zuerst 1962), S. 169–342.

²³ »Freiheit und Brot«, Rede auf NSDAP-Versammlung in Dörflas, 26.6.1927, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Adolf Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. 2: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl. Juli 1926–Mai 1928, Teil 1: Juli 1926–Juli 1927, München 1992, S. 386–404.

²⁴ Vgl. Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, S. 41.

²⁵ Vgl. Herwart Vorländer, NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk des deutschen Volkes, in: VfZ 34, 1986, S. 341–380, hier: S. 366. Hitler unterstrich im Oktober 1934 bei der Eröffnung des WHW noch einmal, dass man den Glauben an die internationale Solidarität durch die »nationale Solidarität« ersetzen müsse. Vgl. Aryeh S. Lunger, Propaganda and Welfare in Nazi Germany, in: Journal of Social History 4, 1970/71, S. 125–140, hier: S. 136.

genossinnen« und ›Volksgenossen« von nun an regelmäßig heim. Der jährliche Sammelauftakt Anfang Dezember war als »Tag der nationalen Solidarität« bald prominent hervorgehoben.²⁶ Ein größer angelegtes einheitliches Konzept steckte aber kaum dahinter. Hitler verzichtete jedenfalls darauf, sich in den Folgejahren noch eingehender zur »nationalen Solidarität« zu äußern. Er brauchte, so könnte man argumentieren, den Begriff der Solidarität nicht, um seine Vorstellungen für die nationalsozialistische Gesellschaft und Politik in öffentlichkeitswirksame Worte zu kleiden. Die innenpolitischen Gegner auf der Linken waren geschlagen und eine propagandistische Auseinandersetzung mit ihrer Begriffswelt erschien ihm offensichtlich nicht mehr notwendig. Unumstritten war dieser Versuch gleichwohl nicht, und es blieb während der Anfangsjahre der Diktatur unklar, ob der Begriff nun inkorporiert oder offensiv bekämpft werden würde. Es lässt sich nur kontrafaktisch darüber mutmaßen, ob der WHW-Tag, wäre er erst später im Verlauf der NS-Herrschaft eingerichtet worden, noch genauso geheißen hätte.²⁷

Den »Allgemeinen Deutschen Sprachverein«, eine Organisation, die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts der »Reinhaltung« der deutschen Sprache von ausländischen »Einflüssen« verschrieben hatte, störte ein sprachgeschichtliches »Gepäck« des »Tags der nationalen Solidarität«. Nach seiner ersten Durchführung 1935 kritisierte der Verein in seiner Zeitschrift die »unglückliche Wahl jener welschen Bezeichnung«. Sie müsse jeden kränken, dem die »deutsche Muttersprache als teuerstes Erbgut von den Ahnen her, als reinsten Ausdruck der deutschen Seele« am Herzen liege.²⁸ Sie wollten lieber den Tag des »Gemeinsinns« oder »Brudersinns« begehen.²⁹ »Solidarität« war für sie nicht »deutsch« genug. Gemeint war für die erwünschte Praxis gesellschaftlichen Verhaltens, bei allen sprachlich-chauvinistischen Spitzfindigkeiten, wohl das Gleiche wie bei den Verantwortlichen für das Winterhilfswerk, die keinen Anlass sahen, den Namen zu verändern: Grundlage der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ hatte das Credo »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« zu sein. Ein anderer Leitspruch, an dem sich die nationalsozialistische Erziehung orientierte, machte die dahinterliegende Stoßrichtung noch deutlicher: »Ich bin nichts, mein Volk ist alles.«³⁰ Das Individuum hatte sich und eigene Interessen dem von der Staatsführung vorgegebenen »Gemeinschaftszielen« von »Volk« und »Rasse« völlig unterzuordnen. Es ging nicht um Menschen, sondern um ›Volksgemeinschaft‹ und den ›Volkskörper‹. Eine rezipro-

26 Vgl. Cornelia Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus*, Berlin/New York 2007 (zuerst 1998), S. 602f.

27 Es ist auffällig, dass etwa in den im Krieg erschienenen Propagandaarbeiten von Hans Bernsee und Werner Reher zur NS-Volkswohlfahrt der Begriff »Solidarität« im Grunde nicht verwendet wird. Er taucht eben lediglich als »Tag der nationalen Solidarität« auf. Vgl. Hans Bernsee, *Aufgaben der NS-Volkswohlfahrt im Kriege*, Berlin 1941; Werner Reher, *Die NS-Volkswohlfahrt*, Berlin 1943.

28 Zit. nach: Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus*, S. 602f. Zum »Allgemeinen Deutschen Sprachverein« vgl. Karl-Heinz Göttert, *Die Sprachreiner. Der Kampf gegen Fremdwörter und der deutsche Nationalismus*, Berlin 2019.

29 Vgl. Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus*, S. 602f.

30 Vgl. Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999, S. 352; Dietmar Süß, »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«. *Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich*, München 2017, S. 52.

ke, sich entwickelnde Solidarbeziehung und darauf aufbauende Vergemeinschaftung war hier nicht gemeint.

Die NSV, die nicht zuletzt maßgeblich mit der Durchführung des Winterhilfswerks betraut war, operierte propagandistisch präferiert mit anderen Begriffen, um die geistigen Grundlagen ihrer Wohlfahrtsarbeit unters Volk zu bringen:

»Der unermüdlichen Erziehungsarbeit der Partei ist zu verdanken, daß Parolen wie ›Volksgemeinschaft‹ und ›Gemeinnutz geht vor Eigennutz‹ nicht tote Begriffe sind, sondern Ausdruck der Gesamthaltung des deutschen Volkes. Bereits im Kampf um die Macht hatte die Partei bewiesen, daß Opfer und Einsatzbereitschaft, Gehorsam und Disziplin, Ehre und Treue keine leeren Phrasen, sondern die wesentlichen Tugenden des Nationalsozialismus sind.«³¹

Auch in ihren Augen war die ›Volksgemeinschaft‹ nicht bloß eine Solidar-, sondern eine sehr viel größere »Schicksalsgemeinschaft«. In ihrem propagandistischen Zentrum stand der Opfer- und nicht der Solidaritätsbegriff.³² Die ›Volksgenossen‹ sollten sich in diese idealerweise von selbst opfernd einbringen, doch fügten diese sich nicht, gab es eine ganze Bandbreite an Möglichkeiten, um »Freiwilligkeit« und Engagement herzustellen.

Im Winterhilfswerk sollte, so die Traumwelt ihrer Trommler, die neue NS-Gesellschaft erfahrbar werden, die alte Klassenschränken zu überwinden suggerierte. Parteiführer begingen öffentlichkeitswirksam den »Eintopfsonntag«, bei dem die Deutschen auf ein üppiges Essen verzichten und das Gesparte für bedürftige ›Volksgenossen‹ spenden sollten. Mit WHW-Sammelbüchsen standen Aktivisten der »Bewegung« in den Straßen oder gingen von Tür zu Tür, um Gelder einzuholen. Die Spenden waren dabei jedoch keineswegs rein freiwillig. Mit impliziten und expliziten Zwangsmaßnahmen lockerten Regimevertreter die Geldbörsen der Bevölkerung. Die fehlende WHW-Spendenplakette an der Wohnungstür verwies alle Vorbeigehenden auf die mangelnde Bereitschaft der Bewohner, sich in die ›Volksgemeinschaft‹ einzubringen. Zum Teil wurde der Beitrag ohne vorherige Einwilligung einfach direkt vom Gehalt abgezogen. Trotz dieser zweifelhaften Methoden vermochte das dahinterliegende gemeinschaftsbildende Ideal durchaus zu überzeugen – unabhängig davon, wie solidarisch die dazugehörigen Praktiken nun waren oder nicht. Die Vorstellung einer deutschen ›Volksgemeinschaft‹ fand Anklang in der Bevölkerung.³³

Das wusste die NS-Führung nur allzu gut. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels präsentierte in seinen Aufzeichnungen einen Eindruck davon, wie breit der Quellenbegriff »Solidarität« von Nationalsozialisten verstanden werden konnte. Zum einen nutzte er ihn, um kenntlich zu machen, dass andere NS-Führer seine Anliegen unterstützten, ihm zustimmten oder eine produktive Zusammenarbeit in der Re-

31 Bernsee, Aufgaben der NS-Volkswohlfahrt im Kriege, S. 113.

32 Vgl. Erich Hilgenfeldt, Volkspflege. Reden vom Reichsparteitag Großdeutschlands, Berlin 1938, S. 12f.; Zolling, Zwischen Integration und Segregation, S. 17 und 125.

33 Vgl. Richard J. Evans, Das Dritte Reich, Bd. 2: Diktatur, München 2010 (zuerst engl. 2005), S. 596; Peter Longerich, Geschichte der SA, München 2003, S. 224; Tim Schanetzky, »Kanonen statt Butter«. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, Bonn 2016, S. 68.

gimespitze im Krieg herrschte.³⁴ Zum anderen belobigte er mit dem Wort seiner Meinung nach vorbildliches Verhalten der Bevölkerung im Luftkrieg. Also solches, indem Menschen Ruhe bewahrten, sich gegenseitig nach Bombardements halfen und Arbeiter nach Angriffen am Arbeitsplatz erschienen, um ihrem Rüstungswerk nachzugehen.³⁵ Die Propaganda nahm die dahinterliegenden Überzeugungen auch bildlich auf. So zeigte ein Plakat vom Mai 1942 einen Wehrmachtssoldaten mit dem Text versehen »So wie wir kämpfen. Arbeite Du für den Sieg!«.³⁶ Goebbels stellte den Einsatz an der luftkriegsgebeutelten Heimatfront mit dem an der Kriegsfrente gleich. Die kämpfende ›Volksgemeinschaft‹ war in dieser Darstellung durch ein unsichtbares Band miteinander verbunden.³⁷

Die alliierten Bombardements förderten bei allen Beispielen von gegenseitiger Hilfe jedoch auch Verteilungskämpfe um knapper werdende Ressourcen und die Denunziationsbereitschaft der ›Volksgenossen‹, die in ihren Auseinandersetzungen untereinander bereitwillig Partei- und Staatsinstanzen einbanden. Derlei unsolidarisches Verhalten stabilisierte das Regime sogar, da es seinen Institutionen eine gewichtige und ordnende Rolle im Kriegsalltag der Deutschen sicherte.³⁸ Die Erfahrungen von aus Großstädten evakuierten ›Volksgenossinnen‹ und ›Volksgenossen‹ in den Aufnahmegebieten des Reichs waren eher geprägt von Unverständnis, Vorurteilen und Vorbehalten seitens der lokalen Bevölkerung. Eine solidarische ›Volksgemeinschaft‹ manifestierte sich dadurch in der Regel eher nicht.³⁹ Doch in anderer Hinsicht profitierte der nationalsozialistische Krieg tatsächlich von starken zwischenmenschlichen Bindungen. So beschrieb der Münchner Karl Wieninger in seinen Memoiren das Risiko, dem er sich im Luftschutzdienst während des alliierten Luftkriegs ausgesetzt sah. Doch erfüllte ihn die gefährliche Arbeit, da niemand der mit ihm Eingesetzten an der Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns zweifelte und ihr Engagement dem Schutz der eigenen Nachbarschaft in München-Sendling diene. Dabei stand Wieninger dem ›Dritten Reich‹ politisch ablehnend gegenüber und engagierte sich in den letzten

34 Vgl. Tagebucheintrag vom 23. Januar 1943, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 7: Januar–März 1943, München 1993, S. 160–182; Tagebucheintrag vom 1. März 1943, in: ebd., S. 441–445; Tagebucheintrag vom 8. Mai 1943, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 8: April–Juni 1943, München 1993, S. 228–241; Tagebucheintrag vom 7. März 1945, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 15: Januar–April 1945, München 1995, S. 433–444.

35 Vgl. Tagebucheintrag vom 4. März 1943, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 7: Januar–März 1943, München 1993, S. 466–472; Tagebucheintrag vom 17. Februar 1944, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 11: Januar–März 1944, München 1994, S. 298–303.

36 Vgl. Michael Schneider, In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945, Bonn 2014, S. 590.

37 Vgl. Jörn Brinkhus, Luftschutz und Versorgungspolitik. Regionen und Gemeinden im NS-Staat, 1942–1944/45, Bielefeld 2010, S. 276; Thieß, Eingebrennt ins Gedächtnis, S. 50f.

38 Vgl. Stargardt, Der deutsche Krieg, S. 483f.; Richard J. Overy, The Bombing War. Europe 1939–1945, London 2013, S. 478f.; Thieß, Eingebrennt ins Gedächtnis, S. 46f.

39 Vgl. Stephan Glienke, The Allied Air War and German Society, in: Baldoli/Knapp/Overy, Bombing, States and Peoples in Western Europe 1940–1945, S. 184–205, hier: S. 196–199; Stargardt, Der deutsche Krieg, S. 429 und 476f.; Overy, The Bombing War, S. 441f.

Kriegstagen 1945 im Widerstand der »Freiheitsaktion Bayern«.40 Die Deutschen kämpften im letzten Kriegsjahr nicht unbedingt weiter, weil sie das NS-Regime zu retten versuchten. Sie taten es häufig, weil sie ihre Heimat und Familie vor der erwarteten Rache der Alliierten schützen und die Soldaten ihre Kameraden nicht im Stich lassen wollten.41

Die Nationalsozialisten hatten verstanden, dass (emotionale) Vergemeinschaftung nicht nur durch hehre Worte, sondern durch Handlungen hergestellt werden müsse. Davon lebten Idee und Praxis der ›Volksgemeinschaft‹, selbst wenn man hier lediglich eine simulierte »Solidargemeinschaft« unterstellt. Wenn im ›Dritten Reich‹ von offizieller Seite von »nationaler Solidarität« gesprochen wurde, dann wusste die angesprochene Öffentlichkeit, was damit für ein völkisches Gemeinschafts- und Pflichtgefühl gemeint war. Wie in anderen Bereichen der ›Volksgemeinschafts‹-Rhetorik blieb vieles im Ungefähren. Doch wem die »nationale Solidarität« zu gelten hatte beziehungsweise wer von ihr auszuschließen war, das brachte Joseph Goebbels drei Wochen nach der Reichspogromnacht 1938 in seinem Tagebuch auf den Punkt: »Die Juden dürfen am Samstag, dem ›Tag der nationalen Solidarität‹, ihre Häuser nicht verlassen.«42

Den gesellschaftlichen Sozialbeziehungen und dem zwischenmenschlichen Band widmeten die Nationalsozialisten während der gesamten zwölf Jahre ihrer Herrschaft einiges an Aufmerksamkeit, waren sie doch für das Gelingen des nationalsozialistischen »Volksgemeinschaftsprojekts« zentral. Allerdings nutzten die Verantwortlichen, um die dem zugrunde liegenden Bindungen zu beschreiben, weniger den Begriff der Solidarität, sondern einen sehr viel martialischeren: »Kameradschaft«. Dieser war eng mit den von den Nationalsozialisten verherrlichten Banden zwischen Soldaten im Krieg verknüpft und deren gegenseitiger Unterstützung angesichts drohender Lebensgefahr.43

Selbst die privatesten Kontakte sollten vom nationalsozialistischen Verständnis dieses Wortes durchdrungen sein. Das betonte Adolf Hitler etwa in seiner Rede an die »NS-Frauenschaft« (NSF) während des NSDAP-Reichsparteitages 1937. In der anschließend erschienenen Broschüre zum »Einsatz der Frau in der Nation« fassten die Berichterstatter die Worte des Staats- und Parteichefs prägnant zusammen: »In seiner Rede an die deutschen Frauen sprach der Führer, der die Kameradschaft seiner Kämpf-

40 Vgl. Karl Wieninger, *In München erlebte Geschichte*, München 1985, S. 79.

41 Vgl. Thomas Kühne, *Kameradschaft – »das Beste im Leben des Mannes«*, in: GG 22, 1996, S. 504–529, hier: S. 506; Nicholas Stargardt, *The Troubled Patriot. German Innerlichkeit in World War II*, in: *German History* 28, 2010, S. 326–342, hier: S. 329.

42 Tagebucheintrag vom 30. November 1938, in: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil I: *Aufzeichnungen 1923–1941*, Bd. 6: *August 1938–Juni 1939*, München 1998, S. 205–206.

43 Vgl. Stefan Kühl, *Ganz normale Organisationen. Zur Soziologie des Holocaust*, Berlin 2014, S. 152f. und 162. Der Begriff der Kameradschaft wird insbesondere genutzt, um zwischenmenschliche Bindungen in Organisationen zu beschreiben, die auf Extremsituationen ausgerichtet sind – wie beim Militär, der Feuerwehr oder im Bergbau. Vgl. Sven Grüneisen, *Kameradschaft im Reserve-Polizeibataillon 101 und der Genozid an den Juden. Eine soziologische Rekonstruktion von Verhaltenserwartungen in Extremsituationen*, in: Alexander Gruber/Stefan Kühl (Hrsg.), *Soziologische Analysen des Holocaust. Jenseits der Debatte über »ganz normale Männer« und »ganz normale Deutsche«*, Wiesbaden 2015, S. 171–214, hier: S. 172.

fer geschaffen hat, mit großem Verstehen von der Kameradschaft im kleinsten Kreise, der Kameradschaft der Ehe.«⁴⁴ Die idealisierte Kampfgemeinschaft von SA und NS-Bewegung sollte Vorbild für die NS-Gesellschaft sein. Der NSF unter Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink kam hierbei eine zentrale Bildungsaufgabe zu. Sie sollte auf die ›deutsche Frau‹ einwirken, damit diese ihren Teil für die kameradschaftliche ›Volksgemeinschaft‹ tat. Das war gar nicht so einfach – jedenfalls aus Sicht von Scholtz-Klink. Sie stand vor der Herausforderung, den männlich konnotierten, idealisierten aufopferungsvollen Dienst am ›Volk‹ auf die ›Volksgenossinnen‹ zu übertragen und sie für das Regime zu mobilisieren. Während Männer anscheinend immer schon gemeinschaftlich über Institutionen wie das Militär ihren Beitrag für Nation und Volk geleistet hatten, war dies bei Frauen keineswegs so selbstverständlich.⁴⁵ Bei ihrem Versuch, Dienst und Kameradschaft in weibliche Formen zu gießen, half ihr der Rückgriff auf die Solidarität.

Gertrud Scholtz-Klink ließ die Zuhörerinnen auf ihrer Rede auf dem Reichsparteitag 1937 wissen, »daß die Frau weniger durch äußere Disziplin und Kommando zu erfassen ist als der Mann«, da sie zu sehr mit den Problemen des Alltags beschäftigt sei.⁴⁶ Dabei müssten sich die deutschen Frauen gegenseitig unterstützen. Und dies umschrieb Scholtz-Klink durchaus mit solidarischen Handlungen, die die NSF mitorganisierte. Bereits auf dem Reichsparteitag 1935 hatte die Frauenführerin gelobt, welchen Einsatz die ›Volksgenossinnen‹ erbrachten, um einander zu helfen. Als Beispiel nannte sie den »Deutschen Frauenarbeitsdienst«. Hier hätten junge Studentinnen Fabrikarbeiterinnen mit Kindern entlastet. Denn die jungen Frauen seien für die Mütter eingespungen und hätten so ermöglicht, dass diese einige Tage Urlaub von der Arbeit nehmen konnten: »Diese Hilfeleistung deutscher Frauen untereinander konnte ohne große finanzielle Belastung auch wieder durch die Solidarität der deutschen Frauen durchgeführt werden«. Das Ziel dieser Aktionen nannte sie prägnant und mit der Weimarer Republik kontrastierend: »Das war ja das Wesentliche, was die hinter uns liegende Zeit dem deutschen Menschen nicht geben konnte: das Gefühl der absoluten Verflochtenheit in das Gesamttagewerk der Nation.«⁴⁷ Scholtz-Klink verzichtete aus guten Gründen in ihrer Rede darauf, die Hintergründe des Frauenarbeitsdienstes genauer zu beleuchten. Hehre Ideale mussten hier keine Rolle spielen, denn immerhin war er beispielsweise für junge Abiturientinnen verpflichtend, wenn sie an einer Universität studieren wollten. Den Frauen mochte im Zweifel recht wenig an ihrer geleisteten Hilfe liegen. Es konnte eher darum gehen, den Dienst abzuleisten, um danach selbst gewählte Lebensplanungen fortsetzen zu können.⁴⁸

Die NS-Frauenführerin ließ jedenfalls nichts unversucht, eine solidarische Gemeinschaft deutscher Frauen herbeizureden und den Dienstgedanken für die ›Volksgemeinschaft‹ zu verankern.

44 Deutsches Frauenwerk (Hrsg.), Einsatz der Frau in der Nation. Frauenkundgebung Reichsparteitag der Arbeit 1937, Berlin 1937, S. 3.

45 Vgl. Jill Stephenson, Nationalsozialistischer Dienstgedanke, bürgerliche Frauen und Frauenorganisationen im Dritten Reich, in: GG 7, 1981, S. 555–571, hier: S. 558f.

46 Deutsches Frauenwerk, Einsatz der Frau in der Nation, S. 4.

47 Deutsches Frauenwerk (Hrsg.), Den deutschen Frauen. Frauenkongreß Reichsparteitag Nürnberg 1935, Berlin 1935, S. 10.

48 Vgl. Stefan Bajohr, Weiblicher Arbeitsdienst im »Dritten Reich«. Ein Konflikt zwischen Ideologie und Ökonomie, in: VfZ 28, 1980, S. 331–357, hier: S. 342f.

genossinnen« attraktiv zu machen. Hierbei verknüpfte sie den in der Arbeiterbewegung verankerten Begriff mit eher bürgerlichen Vorstellungen eines Dienstes an der Nation. Hier verwirklichte Scholtz-Klink zumindest in ihrer Begriffswahl die klassenübergreifende ›Volksgemeinschaft‹.⁴⁹ Der kaum klar definierte Solidaritätsbegriff war (und ist) anschlussfähig für Formen der Fürsorge und Hilfe, die zeitgenössisch weiblich konnotiert waren. Zudem fügte er sich gut in die Vorstellung ein, Frauen seien ohnehin dazu veranlagt, ihre eigenen Bedürfnisse selbstlos für das Gemeinwohl zu opfern.⁵⁰ Bei ihrem Versuch, so die nationalsozialistische Kameradschaft für Frauen anschlussfähig zu machen, geriet Scholtz-Klink in Konflikt mit einem der höchsten Vertreter der NS-Führung. Auch Robert Ley als NSDAP-Reichsorganisationsleiter und mächtiger Chef der ›Deutschen Arbeitsfront‹ (DAF) sah seine Aufgabe darin, auf die Sozialbeziehungen in der ›Volksgemeinschaft‹ einzuwirken.

Nach dem Reichsparteitag 1937 kam es zwischen den beiden zu einem Disput über die Rolle der Frau in der NS-Gesellschaft, dessen Anlass zunächst ein ziemlich nichtiger war. Scholtz-Klink hatte es gewagt, NSF-Mitarbeiterinnen in den NSDAP-Blöcken und -Zellen mit neuen Funktionärstiteln auszustatten, ohne dabei Rücksprache mit dem eifersüchtig über seine Herrschaftsbereiche wachenden Ley zu halten. Diesem stieß auf, dass die NSF-Frauen nun als »Leiterinnen« zumindest sprachlich den Männern in der jeweiligen Parteistruktur gleichgesetzt schienen.

In einem Schreiben an den Reichsorganisationsleiter schilderte die Reichsfrauenführerin im November 1937 noch einmal die Konfliktlinien und den Stand der Diskussion. Es gebe Bedenken, dass die Bezeichnung »Leiterin« die Autorität der (männlichen) Hoheitsträger der Partei unterlaufe. Im Gespräch mit Ley ließ Scholtz-Klink dann auch noch fallen, dass die Frauenschaftsleiterinnen »neben dem politischen Leiter« stünden – und dementsprechend nicht den Männern untergeordnet waren. Daraufhin habe ihr Ley »Emanzipationsbestrebungen« und Alleingänge außerhalb des NS-Organisationsgefüges vorgeworfen, was Scholtz-Klink strikt zurückwies. Es sei schlicht Fakt, dass ihr von der Partei die Aufgabe übertragen worden sei, die deutschen Frauen »zu einer solidarischen Haltung« zu erziehen. Das provozierte Ley dann wohl noch mehr, der Scholtz-Klink wissen ließ: »Sehen Sie, hier haben wir wieder Ihre Emanzipationsbestrebungen. Es gibt keine Solidarität der Frau.« Die Angegriffene wehrte sich und präziserte, dass sie mit dem Begriff »jene innere disziplinierte Haltung meinen würde, die in der SA, SS, Wehrmacht, überhaupt in jeder Männerarbeit eine selbstverständliche Voraussetzung zu jeder Aufbauarbeit« sei. Durch eine solida-

49 Es bleibt zu fragen, inwieweit dies bei den angesprochenen Frauen Anklang fand. In älteren Forschungsarbeiten wird dies skeptisch gesehen. Vgl. *Stephenson*, Nationalsozialistischer Dienstgedanke, bürgerliche Frauen und Frauenorganisationen im Dritten Reich. Neuere Arbeiten zeigen, dass der Einsatz für die ›Volksgemeinschaft‹ und die Dienstpflicht in der Phase der Aufrüstung von engagierten, bürgerlichen Frauen eingefordert wurde. Für sie war dies Teil einer besonderen »deutschen« Form der Geschlechterbeziehung, die sie den liberalen, westlichen Emanzipationsbestrebungen entgegenstellten. Vgl. *Franka Maubach*, Bürgerliche Frauen und NS-Geschlechterpolitik, in: *Norbert Frei* (Hrsg.), *Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?*, Göttingen 2018, S. 116–126, hier: S. 123f.

50 Vgl. *Jennifer E. Walcoff*, Von der Staatsbürgerin zur »Volksbürgerin«. Der Disput um die Rechtsstellung der Frau, in: *Sybille Steinbacher* (Hrsg.), *Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft*, Göttingen 2007, S. 48–66, hier: S. 53.

rische Haltung der Frauen könnten Konflikte in der Organisation gelöst werden. Zudem ließ sie Ley wissen, »daß diese innere Solidarität, die für mich gleichbedeutend ist mit dem absoluten Bekenntnis zu innerer Zucht der Frauen und Bewußtsein ihrer Würde, niemals zu einem Gegen-die-deutschen-Männer führen könne«, sondern »kameradschaftlichste und ehrlichste Zusammenarbeit mit allen Männern der Bewegung und des Staates« Grundlage sei. Ley ließ das nicht gelten und behauptete, der NS-Staat müsse dann der »Frauen-Solidarität« eine Art »Männer-Solidarität« gegenüberstellen, was die ›Volksgemeinschaft‹ spalten würde.⁵¹

Die Diskussion zwischen Gertrud Scholtz-Klink, die im Nachgang durch den »Stellvertreter des Führers« vom »Emanzipationsvorwurf« freigesprochen wurde, und Robert Ley verweist auf mehrere Punkte im Zusammenhang mit nationalsozialistischem Solidaritätsverständnis.⁵² Für Ley war allein die Begriffsnennung Anlass genug, um darin ein potenziell subversives Verhalten zu erkennen. Für ihn waren Idee und Begriff der Solidarität kein Bezugssystem, innerhalb dessen sich die von ihm angestrebten Sozialbeziehungen in der NS-Gesellschaft beschreiben ließen. Frauen waren aus seiner Sicht ohnehin nicht dazu fähig und auch bei den Männern in der ›Volksgemeinschaft‹ sah er andere Mechanismen am Werk beziehungsweise als wünschenswert an. Denn offenbar musste eine Solidarität unter Männern erst aufgebaut werden, um die gefährlich-emanzipatorische der Frauen zurückzudrängen. Partikulare Loyalitäten und Gemeinschaftsbildungen waren mit dem nationalsozialistischen, streng hierarchisch gedachten Gemeinschaftsverständnis schwer vereinbar. Das wusste auch Gertrud Scholtz-Klink. Sie verwies Ley auf jene Organisationen des NS-Staats, die durch einen anderen bereits bekannten Begriff verbunden waren, der für sie vorbildlich sein sollte: den der Kameradschaft. Die Reichsfrauenführerin verknüpfte das nationalsozialistische Ideal der Kameradschaft mit der Vorstellung einer weiblichen Solidargemeinschaft, die für die ›Volksgemeinschaft‹ nutzbar gemacht werden konnte. Der männlich verstandene Dienst für das ›Dritte Reich‹ sollte so für Frauen geöffnet werden. Bei Robert Ley verfiel dies aus den genannten Gründen nicht. Dabei darf Scholtz-Klinks Assoziation von Solidarität mit (weiblicher) Fürsorge nicht unvorsichtig für den Nationalsozialismus verallgemeinert werden. Die NS-Machthaber »feminisierten« den Solidaritätsbegriff nicht grundlegend, sondern nutzten ihn in diversen Zusammenhängen, die keineswegs alle weiblich konnotiert waren. Die schon angesprochene Offenheit des Begriffs machte ihn eben vielseitig anschlussfähig.

Die Solidarität blieb in – wenn auch untergeordneter Rolle – Teil der Sprache des ›Dritten Reichs‹. Der Begriff war nun mal interpretationsoffen genug, um trotz sichtlicher »Bauchschmerzen« einiger NS-Akteure systemkonform genutzt zu werden. Doch stellt sich daran anschließend die Frage, in welchem Zusammenhang Solidarität mit der immer wieder angesprochenen Kameradschaft in der ›Volksgemeinschaft‹ stand – sowohl in den Idealvorstellungen der NS-Führung als auch in der gesellschaftlichen Praxis. Denn bei der Betrachtung dieses Verhältnisses wird deutlich, worum es den Machthabern eigentlich ging und wie Widersprüche in der heterogenen NS-Gesellschaft entstanden, aber auch regimekonform aufgelöst werden konnten. Hier wird

51 Schreiben Scholtz-Klink an Ley, 3.11.1937, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945.

52 Vgl. Schreiben Bormann an Ley, 20.11.1937, in: ebd.

offenbar, wie einschränkend das angestrebte, idealisierte Verhalten eigentlich war und wie pragmatisch die Machthaber andererseits mit Handlungen ihrer ›Volksgenossen‹ umgingen, die nur bedingt ihren Ansprüchen genügten. So werden über die Solidarität die Sollbruchstellen der ›Volksgemeinschaft‹ deutlich. Denn jedes Verhalten hatte seine akzeptierten Grenzen.

Der etwa von Franz-Xaver Kaufmann als »klassische Formel der Solidarität« bezeichnete Leitsatz »Einer für alle, alle für einen« verband sich im ›Dritten Reich‹ mit nationalsozialistischen Kameradschaftsidealen.⁵³ So hieß es in einem Propagandabuch zur Arbeit der NSV im Krieg im Zusammenhang mit diesem Spruch: »Deshalb baut sich das Leben des deutschen Menschen im nationalsozialistischen Staat – und erst recht während des Krieges – auf dem Prinzip des selbstlosen Dienens auf: Wir müssen als Egoisten sterben, um als Kameraden aufzuerstehen!«⁵⁴ In der nationalsozialistischen Kameradschaft liegt ein entscheidender Schlüssel zum Platz der Solidarität in der gesellschaftlichen Praxis der ›Volksgemeinschaft‹.

Dieser Spur soll nun nachgegangen werden. Dabei wird ein »Ort« der NS-Gesellschaft in den Blick genommen, der für Millionen Menschen im ›Dritten Reich‹ alltagsbestimmend war: die ›Betriebsgemeinschaft‹. Diese war idealisiertes Kernelement einer kriegs- und leistungsbereiten nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹. Sie sollte in allen Unternehmen und Arbeitsplätzen des ›Dritten Reichs‹ entstehen und Grundlage neuer Sozialbeziehungen sein – jenseits des von der NS-Propaganda für die »Systemzeit« postulierten Klassenkampfs.⁵⁵ Ein Blick in die ›Betriebsgemeinschaft‹ ist deshalb eine wichtige Sonde, um sich den Funktionsweisen der NS-Gesellschaft zu nähern und die analytische Reichweite des Forschungsansatzes zu testen. Welchen Platz hatte die Solidarität in der ›Betriebsgemeinschaft‹? In welchem Verhältnis stand sie zum postulierten Ideal der Kameradschaft und der Wirklichkeit kollegialer Bindungen am Arbeitsplatz im ›Dritten Reich‹? Wie strukturierte sich die ›Betriebs-‹ und damit ein Stück weit die ›Volksgemeinschaft‹?

II. Sozialbeziehungen und Verhalten in der ›Betriebsgemeinschaft‹: Von Kameradschaft, Kollegialität und Solidarität

Führung und Gefolgschaft, Hierarchie und Kameradschaft – das waren die Begriffe, die die neue nationalsozialistische ›Betriebsgemeinschaft‹ bestimmen und mit dafür sorgen sollten, die alten »marxistischen« Schlachten des Klassenkampfes zu beenden.

53 Vgl. Kaufmann, Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität, S. 43f.

54 Bernsee, Aufgaben der NS-Volkswohlfahrt im Kriege, S. 67. So ähnlich auch bei Reher, Die NS-Volkswohlfahrt, S. 18. Die Parole des WHW 1934/35 stand unter dem Motto: »Einer tritt für alle ein und alle für einen!«, vgl. Zolling, Zwischen Integration und Segregation, S. 183.

55 Vgl. Rüdiger Hachtmann, Arbeit und Arbeitsfront. Ideologie und Praxis, in: Buggeln/Wildt, Arbeit im Nationalsozialismus, S. 89–91; Rüdiger Hachtmann, Chaos und Ineffizienz in der Deutschen Arbeitsfront. Ein Evaluierungsbericht aus dem Jahr 1936, in: VfZ 53, 2005, S. 43–78, hier: S. 47; Michael Schneider, »Organisation aller schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust«. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), in: Stephanie Becker/Christoph Studt (Hrsg.), »Und sie werden nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben«. Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im »Dritten Reich«, Berlin 2012, S. 159–178, hier: S. 160–168.

Dahinter verbargen sich Vorstellungen, die kooperativen Arbeitsbeziehungen und solidarischen Banden unter den Beschäftigten zuwiderliefen.

Nachdem die ›Betriebsgemeinschaft‹ zunächst vor allem rhetorisch präsent gewesen war, erhielt die Worthülse im Januar 1934 mit dem »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« (AOG) eine arbeitsrechtliche Kontur. Timothy Mason nannte das AOG sogar etwas überspitzt: »Das Gesetz [...] war eines der umfassendsten, konsequentesten und am stärksten ideologisch geprägten Produkte nationalsozialistischer Gesetzgebung.«⁵⁶ Im Zentrum stand die streng hierarchisch nach dem »Führerprinzip« organisierte ›Betriebsgemeinschaft‹ mit dem »Betriebsführer« – in der Regel der Unternehmer – an der Spitze und der ihm untergeordneten »Gefolgschaft« der Beschäftigten. Beide sollten durch eine nicht näher definierte Treue- und Fürsorgepflicht verbunden sein.⁵⁷

Robert Ley, der sich so vehement mit Gertrud Scholtz-Klink über subversive Frauen-Solidarität gestritten hatte, und seine ihm unterstehende »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) als Hüterin der ›Betriebsgemeinschaft‹ versuchten, die offensichtliche Entmachtung der Arbeitnehmerschaft durch Gemeinschaftsrhetorik aufzufangen. Die »Betriebsführer« sollten ihre neue Machtstellung nicht despotisch ausnutzen, sondern Entscheidungen den Mitarbeitern stets begründen und Vorbilder des neuen Gemeinschaftsgeists am Arbeitsplatz sein.⁵⁸ Den Berichterstattern der Gruppe »Neu Beginnen« entging nicht, welch militaristisches Ideal Ley anlegte.⁵⁹ Sie fassten dies Anfang 1935 pointiert zusammen:

»Dem Unternehmertum wird stets ›Anständigkeit‹ in der Behandlung des Arbeiters gepredigt. Wenn sie schon keine höheren Löhne zahlen könnten, dann sollten sie wenigstens durch ›Volksgemeinschaft‹ und ›Kameradschaft‹ das Aufkommen von sozialen Konflikten verhindern. Aber auch den Arbeitern wird dies gesagt, damit sie glauben, daß es im Dritten Reich im allgemeinen nur anständige, sozial denkende Unternehmer gibt und daß gegen einzelne noch vorhandene Scharfmacher energisch gekämpft würde.«⁶⁰

Der DAF-Führer betonte in seinen Reden immer martialisch, wie aus den alten Proletariern die neuen »Soldat[en] der Arbeit würden!«.⁶¹ Grundlage der Gemeinschaftsbildung waren die Disziplin von »Führer« und »Gefolgschaft« und die Unterordnung un-

56 Vgl. Timothy W. Mason, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934. Ein Versuch über das Verhältnis »archaischer« und »moderner« Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in: Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Bd. 2, Kronberg im Taunus 1977 (zuerst 1974), S. 322–351, hier: S. 325.

57 Vgl. Matthias Frese, Betriebspolitik im »Dritten Reich«. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939, Paderborn 1991, S. 94f.

58 Vgl. ebd., S. 117 und 122.

59 Vgl. Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 11, Dezember 1934/Januar 1935, in: Bernd Stöver (Hrsg.), Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich, 1933–1936, Bonn 1996, S. 359.

60 Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 12, Februar/März 1935, in: ebd., S. 388.

61 Robert Ley, Durchbruch der sozialen Ehre. Reden und Gedanken für das schaffende Deutschland, München 1939, S. 211.

ter das Credo: »Jeder muß wissen, daß er nur soviel von der Gemeinschaft verlangen kann, als er bereit ist, der Gemeinschaft zu geben.« Dabei ließ Ley keine Zweifel daran, wem jeder einzelne Arbeiter und Angestellte im Deutschen Reich hier nachzueifern hatte:

»Unser Vorbild ist der Soldat. Er verkörpert alle diese Tugenden in erhabenster Weise. [...] Und wenn wir jene neue Gesellschaftsordnung von gleicher Ehrauffassung, von Anständigkeit und höchster sozialistischer Einsatzbereitschaft formen wollen, werden wir immer wieder zu dem Vorbild des Soldaten zurückkehren müssen.«⁶²

Dementsprechend zentral musste der Kameradschaftsbegriff sein. Der Mitarbeiter und Kollege wurde zum »Arbeitskameraden« und der Arbeitsplatz rhetorisch zum Exerzierplatz und Schlachtfeld.⁶³

Kameradschaft war zeitgenössisch nicht zwingend so militärisch aufgeladen, wie das im Deutschland des 21. Jahrhunderts der Fall ist. Auch die Mitglieder von »Neu Beginnen« oder die Berichterstatter der SOPADE nutzten den Begriff, um soziale Bindungen am Arbeitsplatz auszudrücken. Dabei verwendeten sie ihn zeitgleich mit und als Synonym von Kollegialität und verbanden ihn eng mit Vorstellungen solidarischen Verhaltens innerhalb der Arbeiterschaft. So hieß es in einem Bericht der SOPADE aus Deutschland noch im Herbst 1937: »Die Kameradschaft und Solidarität ist nicht schlecht. Das ist aber nicht etwa ein Erfolg der Betriebsgemeinschafts-Phrasen, sondern einfach das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit und der Tatsache, dass die Arbeiter aufeinander angewiesen sind.«⁶⁴ Dabei war den Sozialdemokraten sehr bewusst, dass sie unter Kameradschaft etwas anderes verstanden als die Nationalsozialisten.

Über alle politischen Lager hinweg fanden sich nach 1918 Personen, die in der kameradschaftlichen Kriegserfahrung der Soldaten des Ersten Weltkriegs eine Grundlage für eine neu zu schaffende volksgemeinschaftliche deutsche Gesellschaft sahen. Dabei unterschieden sich die jeweiligen konkreten Vorstellungen jedoch erheblich zwischen den Lagern von links nach rechts.⁶⁵ Für die Nationalsozialisten erwies sich Kameradschaft anfangs als nicht völlig unproblematisch. Immerhin verstand insbesondere die politische Linke den Begriff als durchaus subversiv. Hier standen die Kameraden geschlossen ihren Vorgesetzten und der militärischen Führung gegenüber,

62 Ebd., S. 222f.

63 Vgl. Rüdiger Hachtmann, »Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust.« Aufwertung des Arbeiterbegriffs durch den Nationalsozialismus?, in: Stefan Krimm/Martin Sachse (Hrsg.), Die Praxis und die höheren Sphären – »Zwei Kulturen« oder nur ein Missverständnis?, München 2006, S. 128–152; Inge Marszolek, Vom Proletarier zum »Soldaten der Arbeit«. Zur Inszenierung der Arbeit am 1. Mai 1933, in: Bugeln/Wildt, Arbeit im Nationalsozialismus, S. 215–228.

64 Bericht vom 14.10.1937, in: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (im Folgenden: Deutschland-Berichte der Sopade), Jg. 4, Nr. 9, URL: <<http://fes.imageaware.de/fes/web/index.html?open=SP04009>> [1.12.2020].

65 Vgl. Thomas Kühne, Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 18 und 27–67.

die Kriege verlängerten und Soldaten verheizten.⁶⁶ Doch mit dem nationalsozialistischen Kameradschaftsverständnis hatte das wenig zu tun.

Denn die Nationalsozialisten deuteten nach der Machtübergabe den Begriff in ihrem Sinne um:

»Als Synonym für unerschütterliche, ›treue‹ Kameradschaft verbreitete sich nach 1933 die Rede von der ›verschworenen Gemeinschaft‹. Aber die Rhetorik der Subversion war gebrochen. Denn die ›verschworene Gemeinschaft‹ zeichnete sich nicht durch Opposition zur militärischen oder politischen Führung aus, sondern dadurch, dass sie deren Vorgaben rigide verinnerlicht hatte. Verschworen hatte sich diese Gemeinschaft gegen die äußeren und inneren Feinde, die ihr der Führer vorgegeben hatte.«⁶⁷

In diesem nationalsozialistischen Verständnis von Kameradschaft waren alle Angehörigen der Gemeinschaft umfasst. Sowohl der »Führer« als auch seine »Gefolgschaft« standen als Kameraden Seite an Seite, waren aber in der Hierarchie klar einander zugeordnet.

Im Gegensatz zu den Vertretern der linken Arbeiterbewegung machten einige NS-Führer eben sehr wohl einen Unterschied zwischen Kameradschaft und Kollegialität. Es war im Sommer 1942, das Kriegsglück hatte sich zu wenden begonnen, da erläuterte Münchens Oberbürgermeister und NSDAP-Reichsleiter Karl Fiehler als »Betriebsführer« gegenüber seinen Amtsleitern in der Stadtverwaltung, wie er sich künftig die Arbeit seiner »Betriebsgemeinschaft« vorstelle. Er könne nicht zulassen, so Fiehler, dass politisch oppositionelle Haltungen einiger städtischer Mitarbeiter im Kollegenkreis hingenommen und verschwiegen würden. Das sei für ihn inakzeptabel:

»Ich dulde nicht, dass politischen Verfehlungen aus sogenannten kollegialen Gründen vertuscht werden. Gefolgschaftsmitglieder, die nicht getreu ihrem Eide ihre Pflicht dem Nationalsozialismus gegenüber einwandfrei erfüllen, werde ich unnachsichtlich [sic] zur Verantwortung ziehen.«⁶⁸

Der nationalsozialistische »Arbeitskamerad« war eben kein Kollege. Loyalität hatte in der »Betriebsgemeinschaft« dem politischen System zu gelten und nicht dem Menschen, mit dem man zusammenarbeitete. Karl Fiehlers kurze Bemerkung war in mehrererlei Hinsicht beachtlich: Sie verwies darauf, dass das NS-Regime sehr genau zu unterscheiden versuchte, was »Kameradschaft« und was »Kollegialität« sei – und dass es offenkundig einen Bedarf gebe, gewisse kooperative Formen des Zusammenarbeitens als verdächtig oder gar gefährlich zu bestimmen.

Kollegialität lässt sich als eine spezifische Form »intersubjektive[r] Beziehung« beschreiben, »die im Arbeitszusammenhang aktiv von den beteiligten Personen hergestellt wird, um ihre Bindungen und wechselseitigen Abhängigkeiten zu formen, in

66 Vgl. ebd., S. 44 und 59.

67 Ebd., S. 101f.

68 Rede Fiehlers auf Amtsleiterbesprechung, 19.6.1942, Stadtarchiv München, Personalamt 398.

welche die bzw. der Einzelne faktisch schon eingebunden ist.«⁶⁹ Auch organisationssoziologische »Klassiker« wie die Niklas Luhmanns sehen als Grundlage von Kollegialität solidarische Handlungen am Arbeitsplatz.⁷⁰ Ein spezifisches Merkmal der Kollegialität besteht allerdings im Leistungsprinzip, dem sich die Beteiligten unterordnen. Es geht, wie Stefanie Hürtgen hervorhebt, um die »gemeinsame Bewältigung der Leistungsanforderungen«. Daher könne Kollegialität nie synonym zur Solidarität sein.⁷¹ Die Soziologen Klaus Kock und Edelgard Kutzner sehen kollegiale Praxis als möglichen Ausgangspunkt für solidarisches Verhalten am Arbeitsplatz, das sie dezidiert eigensinnig und widerständig verstanden wissen wollen. Solidarisch und gemeinschaftlich agierende Arbeitnehmende wollen auch gegen den Willen der Vorgesetzten Einfluss auf die Arbeitsprozesse nehmen und werfen dabei grundlegendere gesellschaftliche Fragen auf.⁷² Aus diesen Punkten folgt, dass solidarisches Verhalten zwar ein Element der Kollegialität ist, jedoch durch wichtige andere Bausteine ergänzt werden muss. Das bot den leistungsfixierten Nationalsozialisten, wie im Folgenden gezeigt wird, die Möglichkeit, sich doch den kollegialen Beziehungen an den Arbeitsplätzen pragmatisch anzunähern, auch wenn sie sich zunächst auf die Kameradschaft kaprizierten und Fiehlers Äußerungen schon die Grenzen andeuteten. Die idealisierte Bindekraft der hierarchischen NS-Gesellschaft war eben ihre Kameradschaft.

Stefan Kühl sieht den Hauptunterschied in der hinter den Begriffen liegenden Qualität einer Organisationsmitgliedschaft:

»Soziologisch betrachtet besteht der Unterschied zwischen Kameradschafts- und Kollegialitätsnormen darin, dass in Organisationen, in denen sich Kameradschaftsnormen ausbilden das Organisationsmitglied nicht nur in seiner Rolle als Mitglied, sondern als Person mit all seinen anderen Rollenbezügen adressiert wird. Während die Erwartungen innerhalb von Unternehmen oder Verwaltungen auf die Beteiligten erst einmal nur in ihrer Rolle als Organisationsmitglied bezogen sind, sind die Mitglieder von Armeen, Feuerwehren und Polizeieinheiten als verletzbare Körper – und damit als ganze Personen – betroffen.«⁷³

Das entsprach dem totalitären und soldatischen Verständnis der Nationalsozialisten an die »Betriebsgemeinschaft«. Ihre Angehörigen sollten sich idealerweise ganz und gar dem nationalsozialistischen Gesellschaftsprojekt hingeben – auch wenn die Machthaber nicht so blauäugig waren, zu glauben, dass dies in der Realität bei jedem zutraf: »Kameradschaft« im Nationalsozialismus hieß »Leistung und Hingabe«. Nur wer sich

69 Klaus Kock/Edelgard Kutzner, Arbeit als kollegiales Handeln. Praktiken von Solidarität und Konkurrenz am Arbeitsplatz, in: Industrielle Beziehungen 25, 2018, S. 447–468, hier: S. 451.

70 Vgl. Niklas Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin 1972, S. 318f.

71 Vgl. Stefanie Hürtgen, Mensch sein auf der Arbeit? Kollegialität als Balance von allgemein-menschlichen und leistungsbezogenen Aspekten von Arbeit, in: Lucie Billmann/Josef Held (Hrsg.), Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis, Wiesbaden 2013, S. 237–262, hier: S. 237f.

72 Vgl. Klaus Kock/Edelgard Kutzner, Solidarität im Arbeitsalltag, in: WSI-Mitteilungen 73, 2020, S. 327–334.

73 Kühl, Ganz normale Organisationen, S. 152.

als reibungslos arbeitendes Rädchen im Gemeinschaftsgetriebe bewährte, konnte den Ehrentitel des ›Kameraden‹ beanspruchen.«⁷⁴

Kollegialität war also einerseits »zu schwach«, um die angestrebten und verherrlichten Gesellschaftsbande des militarisierten NS-Staats zu beschreiben, und beinhaltete andererseits eine Komponente, die den Machthabern nicht genehm war. Zwar umfasst Kollegialität den angesprochenen Leistungsethos – immerhin müssen alle mitziehen, um die gestellten beruflichen Aufgaben zu erfüllen –, doch meint sie gleichzeitig auch Bindungen, in denen die jeweiligen Vorgesetzten nicht eingebunden sind. Es gehört zur Kollegialität eben dazu, einen Kollegen bei eigensinnigem Verhalten zu decken und vor dem disziplinarischen Zugriff der übergeordneten Instanzen zu schützen – Verhaltensformen, die in der Organisationssoziologie gerne mit dem Wort »solidarisch« umschrieben werden.⁷⁵ Der Vorgesetzte ist dabei »bestenfalls halber Kollege«. ⁷⁶ Das konnte den Nationalsozialisten und ihrem Kontrollbedürfnis eigentlich nicht gerecht werden.⁷⁷

Nun mochte kollegiales Verhalten zwar nicht den Idealvorstellungen der Machthaber des ›Dritten Reichs‹ entsprechen. Das bedeutete aber in der Praxis keineswegs, dass sie es nicht doch hinnahmen und sogar davon profitierten. Denn insbesondere das leistungsbezogene Element der Kollegialität hatte eben Potenzial, sich für das NS-System gewinnbringend abschöpfen zu lassen. Das interessierte auch die politischen Gegner.

Die Suche nach solchen Verhaltensformen gehörte für die Berichtersteller der SOPADE zu einer ihrer Kernaufgaben, war sie doch mit der Hoffnung verbunden, Restbestände proletarischer Solidarität am Arbeitsplatz als widerständiges Verhalten ausmachen zu können. Ihre Berichte schwankten zwischen Resignation und leiser Hoffnung angesichts dessen, was sie jeden Tag in den Betrieben beobachteten. In den Berichten der SOPADE hieß es im Dezember 1935:

»Das Wesen faschistischer Massenbeherrschung ist Zwangsorganisation auf der einen, Atomisierung auf der anderen Seite. Die Nationalsozialisten wissen sehr gut, dass das Solidaritätsgefühl die Kraftquelle der Arbeiterschaft ist, und infolgedessen gehen alle ihre Massnahmen [sic] für oder gegen die Arbeiter darauf aus, das Gefühl für die Notwendigkeit solidarischen Handelns zu töten.«⁷⁸

Jene »Atomisierung« machten die Beobachter vor allem an zwei Dingen fest. Zum einen sorgten sie sich um zunehmende und häufig hingegenommene individualisierte

74 Kühne, Kameradschaft, S. 100.

75 Vgl. Stefan Kühl, Organisationen. Eine sehr kurze Einführung, Wiesbaden 2011, S. 43–45; Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, S. 318f.

76 Ders., Spontane Ordnungsbildung, in: Fritz Morstein Marx (Hrsg.), Verwaltung. Eine einführende Darstellung, Berlin 1965, S. 163–183, hier: S. 172.

77 Ähnliches beschreibt Christoph Vietzke auch für den großbetrieblichen Arbeitsplatz in der DDR. Die Machthaber störten sich an kollegialen Bindungen, in denen ihre Funktionäre nicht eingebunden waren. Vgl. Christoph Vietzke, Konfrontation und Kooperation. Funktionäre und Arbeiter in Großbetrieben der DDR vor und nach dem Mauerbau, Essen 2008, S. 213 und 218.

78 Bericht vom 5.12.1935, in: Deutschland-Berichte der Sopade, Jg. 2, Nr. 11, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP02011>> [1.12.2020].

Lohnzahlungen, die die Formierung gemeinschaftlicher Lohnforderungen der Arbeiterschaft verhinderten – die betrieblichen Sozialmaßnahmen der DAF in Gestalt von »Kraft durch Freude« und »Schönheit der Arbeit« vernebelten bei einigen Arbeitern zusätzlich den Blick auf die Lage. Zum anderen konstatierten die Sozialdemokraten im Verlauf der 1930er-Jahre, dass sich in Unternehmen, die vom Aufrüstungsboom profitierten, die Belegschaft rasant veränderte. Die vielen neu Eingestellten waren nicht Teil der arrivierten, langjährigen Kollegenschaft und dies unterlaufe ebenfalls solidarische Gemeinschaftsbildung. Denunziationen zerstörten zudem das Vertrauen in der Mitarbeiterschaft. Die Zeitgenossen konstatierten eine zunehmende Individualisierung der deutschen Arbeiterschaft.⁷⁹ Im Krieg sollte die personelle Fluktuation an den Arbeitsplätzen im ›Dritten Reich‹ noch einmal zunehmen. Viele Männer mussten in der Wehrmacht Kriegsdienst leisten, neue Arbeitskräfte – zunehmend Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus dem Ausland – kamen hinzu und veränderten die Bindungen in den Betrieben.

Gleichzeitig wussten die Berichterstatter in der Vorkriegszeit immer wieder von gelungenen Aktionen zu berichten, in denen Mitarbeiter gemeinsam – auch unter Mitwirkung von nationalsozialistisch eingestelltem Personal – Interessen durchzusetzen wussten. Gerade der sich rüstungsbedingt verändernde Arbeitsmarkt schien der Arbeiterschaft eine neue Marktmacht in die Hand zu geben. Immerhin mussten die Arbeitgeber einkalkulieren, nicht in jedem Fall schnell Ersatz für entlassene Arbeitskräfte finden zu können. So forderten im Spätsommer 1934 Mitarbeiterinnen eines Draht- und Kabelwerks in Berlin-Köpenick von ihrem Arbeitgeber, die eingeführten Lohnkürzungen zurückzunehmen, und drohten andernfalls mit Kollektivkündigungen. Der Betriebsleiter gab klein bei.⁸⁰ Auch im Zusammenhang mit Akkordarbeit wussten die politischen Aktivisten in einigen Fällen von Absprachen in der Belegschaft zu berichten, um das Soll zu drücken.⁸¹

Letztlich musste aber selbst der nach Hoffnungsschimmern suchende Berichterstatter der Exilopposition aus dem Reich bei der Wiedergabe eines weiteren solchen Falls festhalten: »Auch hier kollektive Schritte und ein Stück Solidarität, das über den

79 Bericht vom 21.7.1934, in: ebd., Jg. 1, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP01003>> [1.12.2020]; Bericht vom 4.5.1936, in: ebd., Jg. 3, Nr. 4, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP03004>> [1.12.2020]; Bericht vom 10.11.1936, in: ebd., Jg. 3, Nr. 10, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP03010>> [1.12.2020]; Bericht vom 14.11.1938, in: ebd., Jg. 5, Nr. 10, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP05009>> [1.12.2020]; Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 8, Juni/Juli 1934, in: Stöver, Berichte über die Lage in Deutschland, S. 192; Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 10, Oktober/November 1934, in: ebd., S. 298 und 304; Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 13, April 1935, in: ebd., S. 453f.; Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 14, Mai 1935, in: ebd., S. 484. Vgl. auch Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993, S. 127–131; Hachtmann, Arbeit und Arbeitsfront, S. 105; Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 1085 und 1089; ders., In der Kriegsgesellschaft, S. 505.

80 Vgl. Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 9, August/September 1934, in: Stöver, Berichte über die Lage in Deutschland, S. 252.

81 Vgl. etwa Bericht vom 8.7.1937, in: Deutschland-Berichte der Sopade, Jg. 4, Nr. 6, Juni 1937, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP04006>> [1.12.2020]. Eine Übersicht von derlei Aktionen auch unter Mitarbeit von Nationalsozialisten findet sich bei Voges, Klassenkampf in der »Betriebsgemeinschaft«.

Zustand der völligen Atomisierung des Widerstands hinausführt, aber auch hier nicht politische oder grundsätzliche, sondern stets innerbetriebliche, materielle Motive.«⁸² Damit traf er einen entscheidenden Punkt. Denn die gemachten Zugeständnisse blieben in einem überschaubaren Rahmen, waren lokal eingeeignet, sorgten dafür, dass die Arbeitsleistung weiter erbracht wurde, und rüttelten nicht an den bestehenden Strukturen. Die an den Protesten Beteiligten mussten keineswegs grundsätzlich gegen den Nationalsozialismus eingestellt sein – immerhin waren unter Umständen sogar Parteigenossen der NSDAP eingebunden –, sondern sie störten sich lediglich an einigen Aspekten ihres Arbeitslebens, die sie für ihren Betrieb zu lösen hofften.⁸³ Die örtlich sehr beschränkten Proteste für Lohnzugeständnisse oder bessere Arbeitsbedingungen, von denen die Rede ist, hatten keinen politisch und gesellschaftlich transformativen Charakter, sondern ihr Ergebnis wirkte auf das Regime zum Teil sogar stabilisierend.

Das verstanden die Machthaber durchaus. Und ihnen war auch bewusst, dass es für das Regime nützlich war, pragmatisch mit kollegialem Verhalten am Arbeitsplatz umzugehen. Zwar mochte es ihnen nicht behagen, wenn ihr kameradschaftliches Ideal in der Praxis unterlaufen wurde, dennoch nahmen sie es in der Regel hin, wenn der eine Mitarbeiter hin und wieder das eigensinnige Verhalten des anderen deckte. Denn wichtiger war, dass die anfallende Arbeit für ihre politischen und militärischen Ziele erledigt wurde, was mithilfe kollegialer Bindungen nun einmal besser gelingen konnte, wenn der eine für den anderen eben auch mal einsprang und Leistung im kleinen Kreis kontrolliert wurde.⁸⁴

So war beispielsweise der von Karl Fiehler geleiteten Münchner Stadtverwaltung im Krieg durchaus bewusst, dass viele ihrer krankgemeldeten Mitarbeiterinnen nicht wirklich gesundheitlich angeschlagen waren. Die städtischen DAF-Funktionäre hatten sehr gut verstanden, was vor sich ging und berichteten dies an die Stadtspitze: Die Frauen nutzten die Zeit der Krankmeldung, um sich um Dinge des familiären Alltags, des Haushalts und der Kindererziehung zu kümmern, die ihnen nicht nur durch die Abwesenheit der Männer, sondern vor allem durch das zeitgenössische Rollenbild aufgebürdet wurden. Zwar gab es bei der Stadt München seit September 1940 die Möglichkeit für verheiratete Frauen, einen halben Tag für solche Aufgaben freizunehmen, doch mussten sie die ausgefallene Arbeitszeit nacharbeiten. Da kam ihnen eine kurzfristige Krankmeldung gelegen, denn hier entfiel die Pflicht zur Nacharbeit und für einen Krankheitstag musste auch kein ärztliches Attest vorgelegt werden. Einige Frauen taten sich zusammen und forderten in einer gemeinsamen Petition, dass ihr Arbeitgeber hier nachbesserte. Im April 1942 führte München für verheiratete Frauen zwei reguläre arbeitsfreie Wasch- und Putztage im Monat ein – die Bezüge entfielen allerdings. Im Herbst 1943 zog das Reichsarbeitsministerium mit ähnlichen, reichs-

82 Bericht vom 4.7.1936, in: Deutschland-Berichte der Sopade, Jg. 3, Nr. 6, Juni 1936, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP03006>> [1.12.2020].

83 Vgl. Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990, S. 235f.; Alf Lüdtke, Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrung und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus. Ergebnisse, Hamburg 1993, S. 265f.; Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 582.

84 Deshalb fördern Arbeitgeber und Vorgesetzte Kollegialität auch in der Regel. Vgl. Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, S. 320.

weiten Regelungen nach. Das Vorgehen der Münchnerinnen war also keineswegs ungewöhnlich für arbeitende ›Volksgenossinnen‹. Das Zugeständnis bedeutete Planungssicherheit für den Arbeitgeber, der nun besser mit der Arbeitskraft seiner Mitarbeiterinnen kalkulieren konnte, und war zudem noch ideologisch abgesichert. Der eigentliche Arbeitsplatz der deutschen Frau hatte ohnehin vor allem zu Hause zu sein und ein zu scharfer Arbeitseinsatz der ›Volksgenossinnen‹ gefährdete aus Sicht der Nationalsozialisten die »Heimatfront«. Mit derlei Rücksicht konnten die ausländischen und »gemeinschaftsfremden« Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nicht rechnen.⁸⁵

Doch dem Entgegenkommen der Arbeitgeber waren mit Rückendeckung der nationalsozialistischen Machthaber klare Grenzen gesetzt. Wenn die Krankmeldungen in der Belegschaft überhandnahmen, war schnell der jeweilige Betriebsarzt eingeschaltet, der gesundschrieb. Mehrten sich die Abwesenheitszeiten einer Person, konnte jederzeit die Gestapo hinzugezogen werden. Darauf verwies der »Betriebsführer« der kommunalen ›Betriebsgemeinschaft‹, Oberbürgermeister Fiehler, in der bereits zitierten Rede vor leitenden Mitarbeitern der Stadt. Er störte sich in seinen Ausführungen jedoch weniger an kleinen Unregelmäßigkeiten im Arbeitsalltag, die er durch Kollegialität gedeckt sah, sondern an möglichem politischem Widerstand in den eigenen Reihen, der unentdeckt bleiben konnte. Die Nationalsozialisten vertrauten ihren ›Volksgenossen‹ bis zuletzt nur sehr bedingt und waren stets fähig, – in der Regel selbst geschaffenen – Problemen und von ihnen ausgemachten Gefahren mit brutaler Gewalt zu begegnen. Das Regime bewilligte die privilegierte Zugehörigkeit zur ›Volksgemeinschaft‹ stets auf Bewährung. Eine politische und strukturell-transformierende Kraft sollten die kollegialen Bindungen am Arbeitsplatz, von denen das Regime ansonsten profitieren konnte, keinesfalls erhalten. Mit dem Blick auf Solidarität und solidarisches Verhalten in der nationalsozialistischen ›Betriebsgemeinschaft‹ wird es aber genau hier entscheidend. Ein allzu großes Vertrauen zwischen den Arbeitenden war nicht im Interesse der Nationalsozialisten. Die Beobachter von SOPADE und »Neu Beginnen« erkannten zu Recht, dass Misstrauen, Denunziationen und individuelle Interessenverfolgung das Regime eher stabilisieren würden.

Es spricht also einiges dafür, Kollegialität und Solidarität nicht als deckungsgleiche Begriffe zu verstehen, trotz aller Überschneidungen. Ein auf Vertrauen basierendes, von eigenen Dynamiken bestimmtes Solidaritätsverhältnis zwischen den »Gefolgschaftsmitgliedern« war tatsächlich subversiv, hatte das Potenzial, sich der Kontrolle der Machthaber zu entziehen und deren Deutung von kameradschaftlicher, nationalsozialistischer ›Betriebsgemeinschaft‹ zu unterlaufen. Die Arbeitnehmer mussten sich gut überlegen, wie weit sie die kollegialen Bande knüpfen wollten und ob hieraus solidarische Bindungen entstehen sollten. Hierbei sei noch ein letzter Aspekt nur kurz erwähnt, der sicherlich einer eingehenderen Untersuchung wert ist:

Im Krieg veränderte sich die personelle Zusammensetzung vieler Betriebe zum Teil massiv, mit den beschriebenen Auswirkungen auf die zwischenmenschlichen Beziehungen am Arbeitsplatz. Neben deutschen Ersatzleuten ergänzten immer mehr ausländische Zwangsarbeitskräfte die Stammebelegschaft. Den Kontakten und Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern widmeten sich die Verantwortlichen in der

⁸⁵ Vgl. Jan Neubauer, *Arbeiten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im »Dritten Reich«*, Göttingen 2020, S. 211–214 und 250–252.

Betriebsleitung und des Regimes mit großer Sorge und den bekannten drastischen Disziplinierungsmaßnahmen. Insbesondere als politisch wahrgenommene Hilfeleistungen und Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern, wie etwa das gemeinsame Hören von »Feindsendern«, hatten drakonische Strafen zur Folge. Wenig hatte aus Sicht der Machthaber so sehr das Potenzial, ihre rassistische Gesellschaftsvorstellung grundlegend zu unterlaufen, wie eine mögliche solidarische Zusammenarbeit von ›Volksgenossen‹ und ›Gemeinschaftsfremden‹.⁸⁶ Kameradschaft und damit verbundene »nationale Solidarität« hatte nur zwischen den ›Volksgenossen‹ zu herrschen.

Fazit

Im Oktober 1936 konnten Berichterstatter der SOPADE endlich einmal gute Nachrichten zum Sitz der exilierten SPD nach Prag schicken. Aus gleich mehreren Betrieben berichteten sie über ihrer Meinung nach solidarisches Verhalten und gemeinschaftliche Handlungen der Kollegenschaft. In Schlesien sammle die Belegschaft eines Betriebs für zwei entlassene Zeugen Jehovas, damit diese die Zeit finanziell überbrücken konnten, in der ihnen die staatliche Unterstützung gesperrt war. In einem Rüstungsbetrieb gelänge es, die Kollegenschaft »nazifrei« zu halten, indem man neu Eingestellten, die nationalsozialistisch gesinnt seien, nicht bei der Einarbeitung helfe. Im Nordwesten des Reichs weigerten sich die Mitarbeiter einer Firma, die neuen Akkordregelungen abzuleisten. Die Gestapo ermittle zwar, habe auch schon einen Rädelführer verhaftet – ausgerechnet einen SA-Mann –, ansonsten verliefen die Ermittlungen aber im Sande, da alle solidarisch die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden verweigerten.⁸⁷

Die Mitglieder von »Neu Beginnen« waren zum selben Zeitpunkt sichtlich konsternierter. Sie mussten sich eingestehen, dass sie die Lage innerhalb der ›Betriebsgemeinschaften‹ kaum adäquat fassen konnten:

»Es ist fast unmöglich, die heutige Einstellung der Arbeiterschaft zu schildern. Man kann weder sagen, daß die Arbeiter Nazis geworden wären, noch daß sie Antifaschisten sind. Bei oberflächlicher Betrachtung gewinnt man den Eindruck, daß die Arbeiterschaft in völlige Indifferenz versinkt – und doch stimmt auch das nicht.«⁸⁸

Was aber bedeutete das? Die Frage ist in mehrfacher Weise nicht einfach zu beantworten. Vor allem hat sie etwas mit der Bedeutung dieses amorphen Solidaritätsbegriffs und der Schwierigkeit zu tun, ihn nicht nur als Quellen-, sondern auch als Analysebegriff einer sehr spezifischen Form sozialen Handelns zu verstehen. Gemeint waren damit jene Verhaltensformen, die gemeinschaftsstiftend und gegenseitig helfend wirk-

86 Vgl. Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart/München 2001, S. 190–196; Constanze Werner, *Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit bei BMW*, München 2006, S. 192–197 und 210f.

87 Bericht vom 6.10.1936, in: *Deutschland-Berichte der Sopade*, Jg. 4, Nr. 9, September 1936, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP03009>> [1.12.2020].

88 Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 21, September 1936, in: Stöver, *Berichte über die Lage in Deutschland*, S. 720.

ten, auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet waren und eigendynamische Prozesse anstießen.

Verweist man auf Kurt Bayertz' Unterscheidung von sozialer und politischer Solidarität, kann man konstatieren, dass die Nationalsozialisten erstere zwar mit deutlichen Vorbehalten beobachteten – wenn sie sie nicht kontrollierten –, letztlich aber von ihr profitierten, und letzterer im Zweifel ihren Unterdrückungsapparat entgegenstellten. Insbesondere der pragmatische Umgang mit betrieblichen Vergemeinschaftungsprozessen, die auf den ersten Blick nicht im Sinne des Regimes zu sein schienen, und die uneindeutigen Verhaltensweisen der »Gefolgschaft« in den Betrieben waren für kritische Zeitgenossen des ›Dritten Reichs‹ eine interpretative Herausforderung. Doch genau dies sind die Graubereiche der ›Volksgemeinschaft‹, die es wert sind, genauer untersucht zu werden, und die über den Blick auf Solidarität deutlicher konturiert werden können.

Solidarische Handlungen schaffen und festigen Gemeinschaften, die sich für gemeinsame Ziele zusammenfinden. Die dahinterliegenden Mechanismen waren den Nationalsozialisten vertraut, auch wenn sie in der Regel andere Formen fanden, um sie zu beschreiben und sie für sich zu nutzen. Sie simulierten selbst solidarische Aktionen, um die ›Volks-‹ und/oder ›Betriebsgemeinschaft‹ erfahrbar zu machen, und sie wollten bestimmen, welches die erstrebenswerten Ziele der Gemeinschaft waren. Von ihnen weniger stark kontrollierbaren Vergemeinschaftungsformen standen sie mindestens skeptisch gegenüber, denn diese mussten sie als potenziell subversiv verstehen, selbst wenn sie von ihnen profitierten. Diverse NS-Organisationen vom »Reichsluftschutzbund« über die NSF bis zur DAF mit Abertausenden Funktionären versuchten, Zugriff auf diese zu bekommen. Die eigensinnige, gesellschaftlich und strukturell transformative Qualität, die solidarischen Handlungen durchaus inhärent ist, überschritt dabei im Zweifel die Grenzen des den Machthabern Zumutbaren. Solange es unter Kollegen darum ging, die anfallenden Leistungsanforderungen zu erbringen, war das akzeptabel, aber ein politisierendes, grundlegendere Fragen aufwerfendes Verhalten war riskant. Dabei war nicht immer von vornherein festgelegt, was hingenommen und was sanktioniert wurde, sondern das war – wie vieles andere im ›Dritten Reich‹ – Ergebnis von Aushandlungsprozessen und situativer Logik. Die Schwierigkeiten von SOPADE und »Neu Beginnen«, diese Gesamtlage fassbar zu machen, sind daher nur allzu verständlich.

Angestrebte soziale Kontrolle durch Machtinstanzen und solidarisches Verhalten der ihnen Unterstehenden müssen schnell in Gegensatz zueinander kommen. Das ist sicherlich auch für andere Verhältnisse wahr, aber der allumfassende, totalitäre Anspruch der Nationalsozialisten an ihr Gesellschaftsprojekt musste – selbst wenn die Herrschaftsrealität nicht immer so umfassend war – zu Konflikten führen. Und hier genau liegt die Krux der Solidarität. Sie schuf Eigendynamiken, die den Interessen einer Diktatur entgegenliefen. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt mochten die Machthaber von ihr profitieren, da die entstehenden Gemeinschaften durchaus auch für sie nützlich sein konnten. Doch im Laufe der Entwicklung musste der Unterdrückungsapparat bereitstehen, um ›von oben‹ nicht intendierte Prozesse wieder einzufangen. Die Festnahme eines SA-Manns, der sich gegen verschlechternde Arbeitsbedingungen einsetzte, stand dafür stellvertretend. Die Machthaber im ›Dritten Reich‹ waren keineswegs Befürworter von Solidarität als Steuerungsform sozialen Han-

delns.⁸⁹ »Völkische Solidarität« beschneidet die Konnotationen und gesellschaftlichen Implikationen eines Begriffs, der eigendynamische Prozesse beinhaltet, die sich schnell jenseits rassistischer und diktatorischer Interessen bewegen.

Den Machthabern war bewusst, welch mobilisierendes Potenzial in der Solidarität steckte. Sie versuchten, die Deutungshoheit über den Begriff und die damit verbundenen Handlungsweisen zu bekommen und sie mit ihren ideologischen Prinzipien zu verbinden. Dafür setzte sich etwa Gertrud Scholtz-Klink ein, die ihre NSF zumindest sprachlich über solidarische Bande wirken sah. Eine zentrale Rolle spielte Solidarität dennoch nicht in der Rhetorik des ›Dritten Reichs‹. Adolf Hitler sprach nach 1933 kaum noch über sie und Robert Ley stand Solidarität skeptisch gegenüber, untergrub sie doch seine viel gepriesenen kameradschaftlichen Ideale von der hierarchischen und soldatischen ›Volks-‹ und ›Betriebsgemeinschaft‹.

Schaut man mithilfe der Solidarität analytisch auf die nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft‹, gelingt es, die Widersprüche der NS-Gesellschaft auszuleuchten und man versteht besser, wie es den Machthabern gelang, diese in ihrem Sinne nutzbar zu halten. Dabei wird deutlich, wie enorm wichtig der staatliche Unterdrückungsapparat für den Machterhalt war. Er stellte letztlich sicher, dass suspekte eigendynamische Entwicklungen für das Regime begrenzt waren. Die ›Volksgemeinschaft‹ sollte nur so »solidarisch« funktionieren, wie es den Herrschern des ›Dritten Reichs‹ zupasskam. In ihren Augen war sie keine Solidar-, sondern eine »Schicksalsgemeinschaft«.

89 Vgl. Kaufmann, Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität, S. 44–49.